

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 3.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7103.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühr  
beträgt für die fünfzehntägige  
Beitragzeit oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 56.

Breslau, Mittwoch, den 6. März 1895.

VI. Jahrgang.

### Als politisches Ereignis

von gewichtiger Bedeutung erscheint unleugbar der Ausfall der Reichstagsnachwahl im Kreise Schwegeschmalkalden. Das empfinden auch die Nachbargebiete der Reaction gar lebhaft und die albernen-lächerlichen Versuche der reactionären Presse, die Bedeutung des Wahlergebnisses herabzusetzen und die Ursachen desselben in allerlei nebensächlichen Dingen zu suchen statt in der That, daß die Wählerschaft lediglich einen entschiedenen Protest gegen die herrschende Politik erheben wollte, können nur mit verächtlichem Aufsehn beantwortet werden. Eine treffliche Würdigung der Bedeutung dieser Wahl giebt unser Leipziger Bruderorgan in folgenden Ausführungen:

Eine Wiener-Zeitung ruft die Reichstagsnachwahl in Schwegeschmalkalden den Herrschenden zu. Heute gilt der Grundsatz, daß Einer nur Herr im Lande sei, dessen Wille oberstes Gesetz, und der Wille des Volkes, jener Massen, von den einst Caligula das frech vermessene Wort geäußert hat: Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten! — er zählt in den staatlichen Willensbethätigungen nicht mehr viel; er wird erjagt durch den Coulissenmacher im Reichstag, bei dem die Vertrauensmänner der osteibischen Junker und der katholischen Geistlichkeit, ausgestattet mit den Mandaten willfähriger und gezwungener Wählermassen ohne eigenes Denken und Wollen, um allerlei kirchliche und Klassenvortheile die Rechte des Volkes und die Steuergroschen des Volkes verhandeln.

Ein unschönes Schauspiel, das der Heimlichkeit, der Fernhaltung des frischen Aufzugs der Dementlichkeit bedarf. Und wehe den armen Schauspielern, vom Helden bis zum Intriguanten und Hanswurst, die dort auf der tragischen Bühne der hohen Politik sich spreizen, wenn das Volk, das die Zuschauer stellt und die Kosten des ganzen Spiels bezahlt, hinter die Wichtigkeit jener Helden und Staatsmänner kommt und hinter dem ganzen tragischen Plunder die nüchterne Wirklichkeit schäbiger Interessenstreitigkeiten zum eigenen Nutzen und die freche Verachtung der dummen wachsenden Masse erkennt, auf deren „Volkswillen“ man sich beruft.

Wie tief in weiten Volkskreisen die Empörung über die gegenwärtige sociale und politische Entwicklung Boden gefaßt hat, das beweisen nacheinander die verschiedenen Wahlen, die sich gegenwärtig vollziehen. Die Landtagswahlen in Württemberg erachten

eine überraschende Zunahme der socialdemokratischen Stimmen, die mehr als verdreifacht wurden und zum erstenmal unseren Vertretern Eingang in die Kammer verschafften; sie machten zur stärksten Kammerfraktion die deutsche Volkspartei, den äußersten Flügel einer freilich gar schwächlichen bürgerlichen Opposition, die von Anfang an der „nationalen“ Entwicklung im bismarckisch geeinten Deutschland wenig Sympathie entgegen gebracht hat. Und die Reichstagsnachwahl! Bereits im vorigen Sommer eroberte die Socialdemokratie die Wahlkreise Ottersen-Pinnberg und Plauen-Delsnitz, sie kam zum erstenmal in Stichwahl im zweiten anhaltischen Wahlkreis, und selbst der „Sieg“ des regierungstreuen Agrariers Grafen Stolberg im fernem Masuren wurde durch die starke Zunahme der ländlichen socialdemokratischen Stimmen bitter beeinträchtigt.

Und Schwegeschmalkalden schließt sich würdig an diese Kundgebungen der wachsenden Empörung weiter Volksschichten an. 1890 gelang es der deutsch-freisinnigen Partei, vertreten durch den im Kreise Schwegeschmalkalden eingewählten Buchdrucker Willisch, den Wahlkreis dem Cartell zu entreißen. Damals wurden für den Candidaten der Reichspartei 6214 Stimmen abgegeben, für den freisinnigen 6952, für den socialdemokratischen 3213. Ein antisemitischer Candidat war noch nicht aufgestellt. In der Stichwahl siegte Willisch mit 9714 gegen 7009 Stimmen. Bei der Reichstagsauflösung von 1893 veränderte sich das Wahlbild vollständig. Trotz der Militärvorlage, die in manchen gewählten Wählerkreisen stets im Sinne der Regierung gewirkt hat, in Folge der wenig gewissenhaft gewählten Schredmittel und der Täuschungen, die bei neuen Wählern verfangen, ging die Stimmenzahl der Reichspartei auf 4280 zurück. Denn sie hatte einen beträchtlichen Theil ihrer Wähler an den antisemitischen Candidaten, den würdigen Leuf, abgeben müssen. Der erste Anlauf brachte den Antisemiten 3809 Stimmen: rücksichtslos in der Wahl ihrer Mittel, zu allen Versprechungen bereit und von den sorgsam durch die Regierungsparteien seit lange genährten antisemitischen Neigungen mancher Schichten profitirend, wurden sie die zweitstärkste Partei und siegten in der Stichwahl mit 6879 gegen 4832 reichsparteiliche Stimmen. Die freisinnigen Stimmen waren unter den Angriffen von allen Seiten von 6952 auf 2844 gesunken. Und die socialdemokratischen Stimmen hatten in Folge der verschiedenen ungünstigen

Bedingungen, die die Wahl von 1893 beherrschten, die geringe Zunahme auf 3765 aufzuweisen.

Jetzt aber hat sich das Bild wieder geändert. Der Wahlkreis hat wenig besondere Eigenthümlichkeiten, das macht die dortigen Wahlen um so lehrreicher, weil sie typisch sind für eine große Anzahl mitteldeutscher Wahlkreise. In zwei Theile, die niederhessischen Kreise Schwegeschmalkalden und Wippenhausen und den westhüringischen Kreis Schwegeschmalkalden getheilt, weist er eine Mischung landwirthschaftlicher und gewerblicher Bevölkerung auf. In dem hessischen Bestandtheil herrscht Landwirthschaft, auf mittleren und kleinen Gütern und theils mit ansässigen, theils mit Wanderarbeitern betrieben, vor. Daneben hat die Stadt Schwegeschmalkalden eine lebhaft entwickelte Tabak- und Lederindustrie. Der Kreis Schwegeschmalkalden weist neben mittleren und Zwergbauern eine sehr entwickelte Hausindustrie in Altschmiedewaren auf: eine zum tiefsten Grade herabgedrückte Bevölkerung, deren traurige Lage selbst in Runo Frankenskins schräglicher Schilderung ergreifend wirkt. So ist der Kreis ein Bild der mitteldeutschen, hausindustriell und landwirthschaftlich gemischten Bezirke überhaupt.

Und dieser Kreis hat der Regierungspartei eine vernichtende Niederlage bereitet. Ganze 3167 Stimmen, knapp 20 Procent der Wähler, haben dem Colonialhelden Dr. Peters ihre Stimme gegeben, trotz dem versprochenen Absatz Schwegeschmalkaldener Messer nach Ostafrika, trotzdem der Herr Regierungspräsident hochselbst seinem Vertrage in Schwegeschmalkalden und sogar der Großherzog von Sachsen-Weimar telegraphisch seinen „weiten Gesichtskreis“ anerkannt hatte. Offenbar sind die armen Messerschmiede und Bauern, die Schuhmacher und Tabakarbeiter nicht befähigt, die nationale Größe zu würdigen, die sich des „Herunterstiehkens von den Bäumen“ wehrloser Mejer mit schwamlosem Witz rühmt. Deutschland ist noch nicht reif für leistungsfähige Erziehungskünste. Und die Regierungspartei, die 1893 die stärkste war, ist jetzt glücklich an die letzte Stelle gerückt. Alles andere aber ist Opposition. Die Freisinnigen vermochten durch rege Agitation einige Hundert der voriges Mal eingebüßten Stimmen zurückzugewinnen. Der Nachfahr des würdigen Leuf aber, der Knüppelheld von Spenge, der Kampfgefährte des Trunkenbolds Danneil, das Urbild eines ungebildeten und fanatischen Hypocriten, vermochte bei strupellosester Agitation eben die Stimmenzahl von 1893 zu behaupten. Er brachte es auf 3826 und steht in

### Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.  
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Darnach eilt das Plaidoyer Allens schnell seinem Ende zu. Er hat den Hauptschlag geführt, und die Sache noch in die Länge zu ziehen, wäre überflüssig und ungeschickt, er bezieht sich daher, mit einem effectvollen Abgang zum Schluß zu kommen. Der Sachverhalt ist nach jeder Richtung hin klar gestellt. — Niemand hat das Recht, dem Vertheidiger nun noch zu widersprechen. Während die Richter sich zur Beratung zurückziehen, gehen die Neugierigen fort, wie die Habitués der Oper nach der großen Arie des Tenors, die augenblicklich „Mode“ ist. Eine Gruppe von Anwälten und Rechtsanwältinnen bildet sich um Allens und begrüßt ihn im Voraus zu seinem gewöhnlichen Siege. Andree plaudert mit düsterer, sorgenvoller Miene mit Ferrer. Die Actionäre, die sich um den letzten Beamten drängen, dessen heftige, zerschlagene Bewegungen allgemein auffallen, entrinnen sich über die Solidarität, die ihr Gegner verrätherischer Weise zwischen ihrer Sache und den blutrünstigen Abtrünnigen dieses Blattes, das sie nicht einmal gelesen haben, herzustellen verstanden hat. Nach kaum zehn Minuten ist jedoch der Gerichtshof schon wieder herein, und das nun plötzlich eingetretene, fast andächtige Schweigen fällt der Urtheilspruch der Richter, der

von den Theilnehmern mit gierigem Ohr aufgenommen wird.

„In Anbetracht, daß die bei der Gründung der Gesellschaft constatirten Unregelmäßigkeiten keinen ernstlichen Einfluß auf den Fortgang des Unternehmens gehabt zu haben scheinen,

in Anbetracht, daß die Berichte, welche alle Welt über den Stand der Grube getäuscht haben, das Werk von Fremden sind, welche die französische Justiz nicht belangen kann,

in Anbetracht, daß die Zeitungsartikel zu Gunsten des Unternehmens, wenn sie auch als unvorsichtig und übertrieben getadelt werden müssen, nicht unter das Gesetz fallen,

in Anbetracht, daß die Administratoren sowohl wie das Publikum bis zur letzten Stunde an das Gedeihen der Gesellschaft geglaubt zu haben scheinen, wie der Tod des Breffuere es erweist,

in Anbetracht, daß dem Angeklagten Albary leistungsfähige Geschäftsführung und Vertrauensmißbrauch nicht genügend nachgelesen werden können,

ist der Angeklagte freizusprechen. Die Kosten fallen zu Lasten der Kläger.“

Mit wachsendem Unwillen hat der alte Beamte dem Verlesenen der einzelnen Punkte zugehört. In dem Augenblick, in dem der Präsident mit der Urtheilsverkündung zu Ende ist, steht er auf und ruft mit scharfer Stimme:

„Ein solches Urtheil ist ein Scandal und eine Schmach!“

Andree versucht, ihn zum Schweigen zu bringen. Vergebliche Mühe! Der Alte überdönt den ringsum herrschenden Lärm noch und ruft von Neuem:

„Ja, es ist eine Schmach und Schande! Die Richter sind gekauft. Sie stecken mit den Spitzbuben unter einer Decke!“

Der Präsident ist blaß geworden. Mit vor Wuth verzerrten Lippen und barscher Stimme ruft er dem Polizeidienner zu:

„Verhaften Sie diesen Menschen!“

Man packt ihn beim Kragen. So schiebt man ihn von der Bank der Civilpartei auf die Anklagebank. Hier liegt Verleumdung der Richter bei Ausübung ihres Berufs vor, der Angeklagte ist auf frischer That ergriffen. Der Staatsanwalt beantragt strengste Anwendung des Gesetzes. Fünfzehn Monate Gefängniß. In fünf Minuten ist die Sache abgewickelt.

Hier und da wird Murren laut. Andree, der von der Menge zurückgedrängt worden ist, will nachstürzen, protestiren, zu Gunsten des armen Teufels sprechen. Da packt ihn eine kräftige Hand beim Arm. Er wendet sich nach demjenigen um, der sich herausnimmt, ihn zurückzuhalten und stößt gleichzeitig einen Ruf des Erstaunens aus. Er hat Vater Deschamps erkannt, der ihn aus dem Saale zieht.

„Sie hier?“ sagt Andree.

„Mein Gott, ja! Der Proceß interessirte mich. Ich folge den Bösewichtern gerne aus der Ferne. Sie wissen, daß ich auch zum Geschäft gehöre.“

„Und was sagen Sie zu dieser scandalösen

Stichwahl mit unserem Genossen Guhn: der verzerrte Socialismus des dummen Kerls mit der klaren Lehre der wissenschaftlich begründeten socialistischen Demokratie. 5605 Stimmen, (35,0 pCt. gegen 19,6 pCt. in 1890 und 25,6 pCt. in 1893) hat die Socialdemokratie auf ihr Programm geeinigt. Die Wahl steht jetzt zwischen dem aufgeklärten, gesinnungstüchtigen Arbeiter und dem wüsten Geger und Gewaltmenschen. Schwere wird entscheiden, ob es den Vorkämpfer des Quebrachholzwollens, der die Lederindustrie zu Gunsten einiger nationaler Waldherren bedroht, wählen soll, den zweiheutigen Vertreter der indirecten Besteuerung, den Heiden des Bundes der Landwirthe — oder den Gegner aller indirecten Steuern, jeder Begünstigung einer Minderheit auf Kosten der Gesamtheit. Und die armen Heimarbeiter von Samalkalden werden entscheiden zwischen den honigtraufenden Worten der Frommen, dem blöden Unverstand antikemistischer Wirkstoffe und der thatkräftigen und sachkundigen Vertretung des Arbeiterthums in der Person des Socialdemokraten. Sie werden die rechte Wahl finden. Und wird die Regierung aus dieser schweren Niederlage lernen?

### Politische Rundschau

— Eine Flugchrift gegen die Umsturzvorlage, die vom Freiherrn v. Holzogen unter dem Titel „Linksum kehrt schwenkt — Drab“ geschrieben ist, erregt in höheren Kreisen besonders deshalb großes Aufsehen, weil der Verfasser als überaus vornehm denkender Aristokrat gilt. Wir entnehmen dem interessanten Schriftchen einige besonders bemerkenswerthe Stellen. Ueber den Richterstand ist folgende Betrachtung in der Schrift enthalten:

„Es ist noch gar nicht so sehr lange her, daß wenigstens der Richterstand noch einen Stolz in seine Freiheit setzte. Seit zu Tage in das leider anders geworden, und die alten Richter, welche noch ihre politische Unabhängigkeit betonen und ihre persönliche Eigenart unbekümmert um das, was eine modische Mode guten Ton nennen mag, hartnäckig festhalten, die sind für die jüngere Generation von schmerzenden Meiderbeutenants mit durchgezogenem Scheitel vielfach schon ein Gegenstand des Spottes geworden. Besonders diejenigen jüngeren Juristen, welche die Vollendung ihrer Erziehung dem indischen Corps verdanken, sind die eifrigsten Nachahmer der Dilligere. Sie, deren Beruf sie dazu bestimmt, mehr als alle anderen Diener des Staates in unmittelbare Berührung mit dem Volke zu treten, deren verantwortungsvolles Amt philosophisches Verständnis, oder wenigstens das reine Vernehmen, sich auch in die fremdeste Umgebungsweise vortheilhaft hineinzubringen, erfordert, gerade sie suchen in ihren Corps und auch späterhin durch Erwerb eines lächerlichen Hochmuths, eine Getrenntheit auf Verwerthung, sowie namentlich eine Verachtung aller geringen Freiberger, welche sie später dem Volk, dem sie Recht sprechen sollen, von vornherein als Fremdlinge gegenüberstellen. Es ist das ein Uebelstand, der bereits angefangen hat schwer empfunden zu werden und über den allein sich ein ganzes Buch schreiben ließe.“

An anderer Stelle geißelt der Dichter die geistlosen Auffälle gegen Gerhart Hauptmanns „Weber“, die ein wirkliches starkes Kunstwerk seien, und fährt fort, an die Junker gewendet:

„Die dichterische Potenz soll unter Strafe gestellt werden! Ihr müßt euch drehen oder wenden wie ihr wollt,

es kommt nicht anders heraus! Und wenn euer famoseres Geistes durchgeht, so stürzt nur auch gleich des guten Beispiels wegen die Schiller-Denkmalerei um und laßt die „Schandschriften“ dieses Revolutionärs vom Fenster verbrennen. Ihr werdet euch doch hoffentlich vor den praktischen Consequenzen eurer Himmelangst nicht scheuen? Ihr habt vollkommen Recht: die Dichter sind eure geborenen Feinde; denn jeder echte Dichter ist in der That ein Revolutionär. Man kommt überhaupt nicht auf die Idee, zu dichten, wenn man nicht etwas zu revolutioniren findet. Der Name eines lebenden Dichters dringt ja überhaupt nur an eure Ohren, wenn in Folge irgend einer „Sensation“ die Zeitungen ihn tagtäglich hinausposaunen. Kommt ihr auf diese Weise dazu, ausnahmsweise ein Wort eines solchen kennen zu lernen, so entsetzt ihr euch daß über die ungeheure Nothwendigkeit seiner Gesinnung, Freiheit, ihr habt meistens, seit ihr von der Schule abgingt, keinen Dichter mehr gelesen. Ihr hattet so viel zu thun mit Trinken, Kartenspielen und Uniformirung eurer Sitten und Gesinnungen, daß ihr für so etwas keine Zeit fandet. So arg kann man geistig zurück- und heruntersinken durch Unterlassung der Lectüre moderner Romane und des Besuchs moderner Schauspiele!“

Ueber die moderne „Sittlichkeit“ und die „Heiligkeit“ der modernen Ehe fällt der Verfasser folgendes vernichtende Urtheil:

„Unmöglich würde es z. B. werden, daß ganze große Gesellschaften den Muth zum Denken und zum überzeugungsgemäßen Handeln für einen sittlichen Defect anführen. Der verdienliche Lächerlichkeit anheimfallen würde die heute fast bei unserer gesammten Damenwelt und bei vielen frömmelnden Männern beliebte Eble Gewohnheit, die Sittlichkeit eines Menschen einzig nach seinem Verhalten in gesellschaftlichen Dingen zu bewerten. Ueberhaupt würde gründlich aufgeräumt werden mit allerhand dummer Frömmerei und gesellschaftlicher Heuchelei, und damit würde dem wahrhaft guten Tone im Verkehr der Menschen unter einander, ganz besonders aber der heiligen Ehe gar sehr gedient sein, jenen hässlich und kirchlich conventionalisirten Hazardspiel, in welchem gleichzeitig der unglückliche Verkäufer zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt wird, und welches dennoch von den erleuchteten „Umstürzmännern“ der Regierung, als über jeder Kritik erhaben, unter besonderem gesetzlichen Schutz genommen werden soll! Der Verachtung anheimfallen würden die elenden Kommodianten, welche unter der Maske der Frömmigkeit und eines besondern Patriotismus ihren geschäftlichen Interessen wirksamer zu dienen suchen.“

Wenn die Umsturzvorlage schon Gesetz wäre, würde der zu den höchsten Gesellschaftskreisen gehörende Freiherr v. Holzogen ob seiner frevelhaften, umstürzlerischen Worte ganz unzweifelhaft auf ein Jahrchen oder zwei ins Gefängnis spazieren müssen.

— Der Staatsrath oder vielmehr eine „engere Versammlung“ desselben ist, wie schon gemeldet, zum 12. März einberufen um über eine Reihe Vorlagen meist wirtschaftlicher Natur zu berathen. Diese Vorlagen werden nicht in den amtlichen Blättern, sondern merkwürdiger Weise in einem officiellen Verzeichnisse unterhaltenden Provinzialblatt, der „Sächsischen Zeitung“, veröffentlicht. Sie beziehen sich auf Maßnahmen zur Hebung der Preise landwirthschaftlicher Producte, Maßnahmen auf dem Gebiete der Nahrungspolitik, Maßnahmen zur Verbesserung der Herstellung der landwirthschaftlichen Producte, zur Erleichterung des Absatzes landwirthschaftlicher Erzeugnisse, zur Erhaltung der landlichen Arbeiterbevölkerung und Maßnahmen auf dem Gebiete der Creditorganisation. Zu den Beratungen sind eine Anzahl Rittergutsbesitzer, Großlandwirthe und Gutsverwalter, darunter Bauern und Arbeiter

aber nicht! — Fürst Bismarck hat „aus Gesundheitsrücksichten die Theilnahme an den Beratungen abgelehnt. Der alte Fuchs weiß wohl, weshalb er nicht kommt.“

— Zur Flottenbewilligung durch das Centrum. Daß in Centrumskreisen die reactionäre Haltung derer um Lieber doch manche verschupft, beweist folgende Aeußerung eines der angesehensten Centrumblätter, des „Mainzer Journal“. Es schreibt zu der neuesten Lieber'schen Geldenthat: „Die vier Kreuzer wurden im Deutschen Reichstag in zweiter Lesung genehmigt und dafür die ersten Millionenraten bewilligt. Das Centrum stimmte geschlossen dafür. Dafür kann „der Herr der Fluthen, dem Ny und Rex sich beugt“, zufrieden sein. Wir und sicherlich ein großer Theil der Centrumswähler mit uns sind damit nicht zufrieden, weil wir schlimme Folgen für die Centrumsfraction befürchten, die mit vollen Segeln nun im Regierungsfahrwasser fährt. Wir haben unsere Pflicht gethan und gewarnt, da wir längst der fortwährenden Erpressungen des Militärmolochs müde sind. Die Socialdemokraten haben nun ein Agitationsmittel mehr, das sie bestens verwerthen werden.“ Stimmt! Aber daß das ultramontane Blatt nicht aus freierlicher Begeisterung, sondern nur aus Rücksicht und aus Furcht vor seinen Wählern so schreibt, das stimmt auch!

— Die großen Staatsüberschreitungen für die Colonialzwecke 1893/94 sind in der Rechnungscommission des Reichstages zur Sprache gekommen. Der Director der Colonialabtheilung theilte mit, daß durch Unterstellung der gesammten Schutzgebiete unter die Colonialabtheilung nach der Verordnung vom 12. December die Localbehörden angewiesen seien, keine außeretatmäßige Ausgabe ohne besondere und ausdrückliche Genehmigung des Herrn Reichskanzlers zu machen. Der Reichskanzler wird diese Genehmigung erst ertheilen, wenn ihm hierüber von der Colonialabtheilung und dem Reichsfinanzamt Vortrag gehalten worden ist. Die Rechnungscommission nahm eine Resolution dahin an, daß der Reichskanzler ersucht werden sollte, vor großen Expeditionen in der Regel die Genehmigung des Reichstags wegen der Kosten einzuholen.

— Die Stummpolitik macht Schule, auch die christlichen Arbeitervereine sogar werden brüsk abgewiesen, trotzdem sie eine Organisation gegen die Socialdemokratie sind und ein Programm haben, das matte Simonade ist. Dennoch hat der Deuthner Knappschafsvorstand alle Forderungen der christlichen Arbeitervereine abgelehnt. Die Grubengruben fürchten, daß die „christlichen“ Arbeiter, wenn sie erst die Unmöglichkeit ihrer Sonderbewegung erkannt haben, zu uns einschwenken. Und so wird nach Stumms Recept regiert. Wie lange noch?

— In der Zuckersteuerfrage sollen vor Einbringung des neuen Gesetzesentwurfs Sachverständige des Vereins für Rübenzuckerfabrikation gehört werden. Von Arbeitern, die vernommen werden sollen ist nicht die Rede! Die Branntweinsteuerreform, das andere Angebinde für die Nothleidenden, soll auch die Steuerfreiheit des Branntweins für wissenschaftliche und Heilzwecke einschränken.

Urtheil?“ sagt Andre, vor Zorn bebend. „Hier sind es ja die Besohlenen, die mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt werden!“

„Darauf müßte man doch desast sein,“ antwortete Vater Deschamps ruhig. „Die Gesetze, sagt Rabelais, sind Spinnergewebe: Die Fäden und Nadeln halten sie fest, Horaffen und Wespen fliegen hindurch. Ich weiß wohl, daß man seit Rabelais Zeiten die sogenannte Gleichheit aller Franzosen vor dem Gesetz ausgesprochen hat. Aber Sie haben ja eben gesehen, was man davon zu halten hat. Galt gegen die Armen, nachsichtig gegen die Reichen, so ist unsere Rechtspflege heut zu Tage, und was soll man sich darüber noch wundern? Wir leben unter der Herrschaft Ihrer Majestät der allmächtigen Herrscherin. Ein Millionär ist heute eine Macht, ebenso und noch mehr wie irgend ein vornehmer Herr in früheren Zeiten, ihn stehen über jeden Einzelnen von uns alle möglichen directen oder indirecten Machtmittel zu Gebote. Sie haben die Bequemlichkeit, er kann sie zu seinen Divertissements, seinen Jagden einladen. Sie sind arm: er kann sie mit einem Federhütchen durch ein Wort rich machen, indem er Ihnen das Geheimniß einer seiner finanziellen Operationen enthüllt. Sie sind Journalist, er kann Ihnen das Brot vom Munde wegnehmen, indem er Ihnen seine Zeitungen parirt. Sie sind Künstler, Schriftsteller: auf seinen Befehl können Sie in den Schanz gezogen oder bis in die Wälder exilirt werden. Sie sind Staatsbeamter, Angehöriger, Präfect, was weiß ich? Er hat Einfluß auf die

Minister. Er macht Abgeredete, wenn er nicht gerührt, sich selbst wählen zu lassen; es steht ihm frei, alles Mögliche mit Ihnen und aus Ihnen zu machen. Sie sind als Richter angestellt, Ihr Aeußerer liegt in seiner Hand. Ueberlegen Sie sich allem, ob man für ihn nicht Rücksichten nehmen, ihn nicht Verehrung und Ehrenzeichen darbieten, ihn nicht einen vollkommenen Ablass für alles, was er thut, geschehen muß. Er ist ein König sage ich Ihnen, der wahre König unserer bürgerlichen Gesellschaft, und ein König hat es noch niemals an Höflingen gefehlt. Sie fragen die Menschen, ihre Schwachheit, ihre Raschheit an. Sie haben Unrecht darin. Gehen Sie sich dafür an das System, an dieses gemeinschaftliche System, das der Reichthum zur ersten Staatsmacht erhebt, das einem Einzelnen ermöglicht, soviel Geld zu besitzen, um Tausende von anderen Menschen in seiner Abhängigkeit zu erhalten. So lange Sie dies alles nicht von Grund aus geändert haben, können Sie sich nicht wundern, wenn ein Millionär oft nur ein privilegirter Verbrecher ist.“

Aber Daniel, jetzt rede ich erst davon. Sagen Sie mir nicht auch vorher unter den Vorgeladenen? A hier erzählte ihm von dem Reiz seiner Familie. „Ich werde mir nun mein Brot verdienen müssen — so wie Sie,“ schloß er. „Vater Daniel“ erwiderte Vater Deschamps, „ich bedauere Ihre Mutter und Ihre Schwäger. Der plötzliche Reiz muß sehr hart für Sie gewesen sein. Was Sie betrifft, nun, Sie sind ja ein Mann. Sie werden sich schon durchschlagen. Ich bin ja sehr daran

gewöhnt, arm zu sein, um diejenigen bedauern zu können, die es werden. Wenn Sie aber eine hilfreiche Hand brauchen, so haben Sie es nur zu sagen. Sie wissen ja, wo Sie mich finden.“

„Ich danke Ihnen,“ antwortete Andre. „Aber Sie haben vergessen, was Sie mir damals, als wir uns das letzte Mal sahen, gesagt haben.“

„Ganz und gar nicht! Damals waren Sie noch reich. Das genirte uns, vernehen Sie? Geme, wo Sie arm wie wir sind, sind Sie uns willkommen. Wir alle werden uns freuen, Sie wieder zu sehen. Die kleine Magdalene wird ganz besonders glücklich sein! Wenn Sie wüßten, welchen Kummer sie wegen Ihrer Abwesenheit gehabt hat!“

Andre versprach zu kommen, um Unterricht in der Kunst, arm zu sein, zu nehmen. Die letzte Postung, die ihn an sein vergangenes Leben jesselte, war gebrochen. Es that ihm wohl, in seiner Noth Freunde zu finden, die ihm seinen Eintritt in ein neues Leben erleichtern. (Fortsetzung folgt.)

### Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Diez' Verlag) ist eben das 22. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Preussische Briefdiebstähle. — Aus den Vereinigten Staaten. Von J. A. Sorge. I. Allgemeines und Besonderes. Der Zustand in Brooklyn. — Zur Frage der Organisation des Proletariats der Intelligenz. Von A. Ruz. (Fortsetzung.)

Die warme Abendkost für die Soldaten. Reichstag ist folgende Resolution des Abgeordneten Dr. Schädlr zur zweiten Etatsberathung eingegangen: Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsminister zu ersuchen, zu veranlassen, daß die mit der Verabreichung warmer Abendkost an die Mannschaften des activen Heeres angestellten Versuche fortgesetzt werden, und je nach dem Ergebnis dieser Versuche Mittel zur allgemeinen Einführung dieser Einrichtung in den Etat 1896/97 einzustellen.

Eine Conferenz der Gewerberäthe findet vom 22. März ab in Berlin statt, die über die Arbeiter-„Wohlfahrts“einrichtungen und über die Ausnahmestimmungen in der Sonntagsruhe berathen wird. Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume des Arbeiterhanges nicht in den Himmel wachsen. Die Kesselrevidoren, die im Nebenamte preussische Gewerbeinspectoren sind, wissen zwar viel von den „Wohlfahrts“einrichtungen, desto weniger aber von den socialen Zuständen zu erzählen.

Aus Italien kommen wieder sehr interessante Nachrichten. Das geheimnißvolle Verschwinden des Abgeordneten Alfredo Comandini aus Mailand hält man von dort für nicht, noch immer die Gemüther in Erregung. Herr Comandini, früher radical und republikanisch, war durch Crispi mit den bekannten Mitteln bekehrt und ministeriell geworden. Er hatte den hochwichtigen, zarten Auftrag erhalten, in Mailand für Crispi die allgemeinen Wahlen vorzubereiten. Insbesondere war er zum Chef des zu diesem Zwecke in Mailand neu gegründeten Crispinischen Journals „Carriere di Martino“ ernannt worden. Nachdem er sich zu Anfang Februar bei seinem Herrn und Meister in Rom nicht nur Rath, sondern, wie es allgemein ist, aus der von Crispi gewaltsam aufgelösten Banca di Napoli eine sehr beträchtliche Summe Geldes geholt hatte, ist er seit dem 15. Februar spurlos verschwunden. Er ward zuletzt in früher Morgenstunde auf dem Centralbahnhof in Mailand gesehen. Die Crispinischen Organe in Rom beginnen schon von einem anarchistisch-socialistischen Attentat zu reden — gestern kam die Nachricht hierher, Comandini sei in Paris in einem öffentlichen Vergnügungshaus — und das für ein Vergnügungshaus! — erblickt worden. Die Sache erhält einen beleuchtenden vorläufigen Aufschluß durch die soeben veröffentlichte Erklärung der Redaction des neubegründeten „Corriere di Martino“, wonach das Blatt, aus Mangel an Mitteln und weil der Chefredacteur seit dem 15. Februar verschwunden ist, sein ferneres Erscheinen einstellen müsse. Man wundere die Consequenz der politischen Macher und Männer Italiens. Der Schüler folgt treu und folgt

richtig dem Beispiel des Meisters. Das in Rom erhaltene Geld war von Crispi aus der Banca di Napoli gestohlen, darum konnte es von Comandini über die Grenze gestohlen werden. Ein Ereigniß bereitet sich in Mailand vor, das aufgreifste darthut, wie der Capitalismus auf geistigem Gebiete alle Vernunftbegriffe umkehrt und in den Boden stampft. Die großen öffentlichen Blätter sind im Besitz der Capitalisten zu Denkmäshinen geworden und die geistigen Kultis, die an diesen Denkmäshinen arbeiten, und die gesammten Leser des Blattes werden im Interesse der Capitalisten, der Besitzer der Maschine, angewendet und bei Gelegenheit umgewendet wie ein Handschuh.

„Sie kaufen Denkmäshinen Und verkaufen sie.“

Wer kennt nicht den „Secolo“, das verbreitetste tägliche Blatt Italiens, mit seinen 200,000 Abonnenten? Dieses bürgerlich-demokratische Blatt, das bisher der Todfeind Crispi's und seiner gesammten Corruptions- und Schandvirchenschaft war und sich im Kampfe gegen ihn im letzten Jahre hervorragende Verdienste um die Freiheitsentwicklung Italiens erworben hat bergestalt, daß noch vor wenigen Tagen der Socialist und Abgeordnete Enrico Ferri einen Leitartikel mit seinem Namen darin veröffentlichte, dieses selbe Blatt ist soeben, da sein Besitzer Sonzogno in Geldnoth gerieth, von einem Consortium nackter Geldintressen, von Börsenmännern und Capitalisten, neu gegründet worden. Man denke, daß an der Spitze dieser Gränder und Ankäufer der Bankier Weill-Schoit steht, derselbe Millionär, der Crispi's gestohlene Bankwechsel in Höhe von 240,000 Franken deckte und den Ordensschacher Crispi's für 50,000 Francs an den Panamadieb Herz freundlich vermittelte! Giolitti hat seinen Anklägern eine kleine Ueberraschung bereitet. Er hat, gestützt auf einen Artikel der Verfassung, erklärt, er werde als Abgeordneter nur dem obersten (Cassations-) Gerichtshof Rede stehen. Diesen obersten Gerichtshof bildet aber der Senat. Also muß der Senat, und, da dieser allein nicht tagen darf, zugleich die von Crispi so geliebte wie vertagte Kammer einberufen werden.

Die französische Kammer behandelt den Militarismus und seine Auswüchse, die Soldatenschindereien, genau so rückwärtsvoll, wie — andere Kammern auch. Die Erhebung über die Todesfälle in Dijon, wo die Brutalität der Offiziere und Aerzte so viel Unheil angerichtet hat, ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. An den Soldatenschindern ist kein Fehl entdeckt worden; der General de Négrier, der als Beauftragter der Regierung in Dijon war, hat seinen Bericht an den Kriegsminister erstattet. Danach

sind zwar dem Gesundheitszustande der Mannschaften nachtheilige Uebungen angestellt worden, und die Anlage des Kasernements ist mangelhaft. „Unter diesem Vorbehalt“, heißt es dann, „sind von dem Commandanten, den Offizieren und Aerzten alle Maßregeln mit dem größten Eifer ergriffen worden, um der Epidemie sofort nach ihrem Auftreten Einhalt zu thun.“ Der Tod des unglücklichen Soldaten Pérot, dem die rechtzeitige ärztliche Pflege verweigert wurde, ist natürlich nicht die Schuld der Vorgesetzten, es ist alles schön und gut — „unter diesem Vorbehalt.“ Jetzt wird die Kammer reden. — Wie der „Figaro“ mittheilt, herrscht bei dem 18. Dragoner-Regiment in Melun eine Typhus-Epidemie, der schon sieben Soldaten erlegen sind. Die Epidemie soll dadurch entstanden sein, daß das Regiment in dieselben Kasernen gelegt wurde, wo im Jahre 1893 bereits eine ähnliche Epidemie ausbrach, die die Reihen des 2. Husaren-Regiments lichtetete. — Bei einem Bankett des republikanischen Cercles des Departements Aube verlas der Präsident am 1. März ein Schreiben Casimir Periers, worin es heißt, Casimir Perier lehne es ab, dem Bankette beizuwohnen, um nicht gezwungen zu sein, das Stillschweigen zu brechen, dessen Beobachtung das Interesse der Republik ihm gegenwärtig noch auferlege. Was hätte Casimir Perier auch zu sagen? — In allen französischen Häfen wird eine beständige Ueberwachung der einlaufenden Schiffe ausgeübt. Von der Londoner Polizei ist nämlich mitgetheilt worden, daß ein „gefährlicher Anarchist“, Namens Renard, sich nach Frankreich eingeschifft habe, und eine umfangreiche Correspondenz, sowie andere compromittirende Gegenstände bei sich trage. Sollte das nicht ein Complice des jetzt wieder auf Reien befindlichen Lockspitzels Ungern-Sternberg und gleich diesem ein guter Bekannter der Polizei sein?

In Rußland sind die politisch-socialen Spannungszustände sehr hoch, und Nikolai II. scheint so verblendet wie seine Vorgänger. Gestern fanden im philologischen Institut Unruhen statt, die das Einschreiten der bewaffneten Macht „nothwendig“ machten. Eine vorgestern stattgehabte Versammlung von 1600 Studenten verlangte die Entlassung des Rectors. Der Rector ermahnte die Studenten zur Ruhe, um einen Zusammenstoß mit dem Militär zu vermeiden. Die Opfer des Zusammenstoßes vom 21. Februar betrugten 36 Verwundete und 4 Tote.

Japan-China. „Reute's Bureau“ meldet aus Shanghai: Die Verhandlungen zu den Friedensverhandlungen machen gute Fortschritte; dieselben beziehen sich hauptsächlich auf den Inhalt der Beglaubigungsschreiben und Vollmachten der chinesischen Abgesandten. Es wird vorgeschlagen, daß die Abgesandten sich zunächst

„Es giebt keinen vierten Stand.“

Vor Kurzem besprachen wir die Schrift eines unbekannt gebliebenen Arztes, die in trefflichster Weise die „Noth des vierten Standes“ schildert. Der famose „König“ Stumm hat dagegen im Reichstage bekanntlich mit der ganzen souveränen Sicherheit, die ihn auszeichnet, bestritten, daß es überhaupt einen vierten Stand gebe. Nunmehr veröffentlicht Max Ried in den „Grenzboten“, einem bekanntlich conservativem Blatte, das allerdings seiner verständigen socialpolitischen Haltung wegen in den Kreisen der Conservativen einen Weisfall findet, folgende sehr interessante kleine Studie zu dem Thema: „Es giebt keinen vierten Stand.“ Er schreibt:

Gestern Abend wurde ich aus tiefem Sinnen erschreckt. Es war gegen acht; das ist in Hamburg die Zeit, wo einem die Abendzeitungen gebracht werden. In meinem Zimmer waren es die üblichen 15 Grad Reaumur, draußen am Fenster zeigte mir das Thermometer 12 Grad — Reaumur. Vor mir stand eine singende Theemaschine; um mich herum standen gesunde Kinder, die sich vor Wohlthätigkeit nicht zu weigern mußten. Chokolade oder Cacao trinken mochten nicht; Brot mit Butter und pommerischer Gänseleber oder mit Gänseleber und Schweizerkäse mochten nicht mehr; sie hatten — gar keinen Hunger.

Eben wollte ich eine eindringliche Rede darüber halten, daß alle artigen Kinder essen müßten, da riß irgend wer mit fürchterlichem Knack an der Hausklingel. Erschreckt sprang ich auf, mit dem Vorsatz, dem Angeklagten ein gehäuftes Maß voll Grobheiten zu verabreichen. Es war der Zeitungsjunge. Junge, was hast Du so an der Glocke, kannst Du nicht anständig leise klopfen? — Ach, lieber Herr, mir sind die Finger ganz steif gefroren, ich konnte den Knopf nicht

fassen, nun hab ich schon mit den Zähnen klingeln müssen. Es sind ja zwölf Grad Kälte. — Hast Du denn keine Handschuhe? — Ach Gott, ich habe ja nicht einmal heile Strümpfe an!

Hinter mir standen meine beiden ältesten Mädchen, Kinder von zehn und neun Jahren, die über diese Armut in ein bitterliches Heulen ausbrachen und dann dafür sorgten, daß der arme erfrorene Kerl warm in- und auswendig wurde, so schnell und so gut es ging. In zehn Minuten, die er sich am warmen Ofen bei mir auswärmen mußte, thate der arme Durche gründlich auf; viel Jämmerliches wußte er zu berichten. Vater hat seit elf Wochen keine Arbeit; bei Mutter ist vor drei Wochen der Storch gekommen und hat uns den siebenten Bruder gebracht! Fleisch haben wir seit langer Zeit nicht mehr zu essen gekriegt, auch Vater kann kein „Kohlschüssel“ mehr essen, der Pferdeischlächter will uns nichts mehr bringen. Auch all die anderen, die mit uns in einer Terrass' wohnen, haben keine Arbeit mehr. Vater hat schon gesagt, wenn es nicht bald besser würde, wenn er nicht bald Arbeit und Verdienst bekäme, dann müßte er sich das Leben nehmen oder — sterben.

Ich that dann einen Blick in die Zeitung, durchslog die Rednernamen des Reichstags, und bei dem Namen Stumm, der in letzter Zeit und, wie ich fürchte, zu unier aller Schaden populär geworden ist, machte ich Halt. Ich ahnte schon, daß er mir irgend etwas zu sagen haben würde. Und richtig, nun war's heraus: „Die ganze Deduction von den Interessen des vierten Standes ist eine reine Fiction. Es giebt gar keinen vierten Stand!“ Das schlug bei mir durch; nun hatte ich für alles, was mir bis jetzt aus Stumm'schem Munde Räthsel geblieben war, die Auflösung: der Mann lebt in einer andern Welt!

Eben noch hatte ich einen Blick in die bitterste Noth dieses vierten Standes gethan, hatte mitgeföhlt, was der arme Vater empfinden muß, wenn Mittags

und Abends um die Essenszeit die Glocken der Kirchen zur Mahlzeit rufen und er den Tisch leer lassen muß, und nun soll das alles nicht wahr sein, nach Herrn von Stumm? In Wortklaubereien soll man sich doch wohl mit ihm nicht einlassen; er will doch nicht weiter sagen als: es giebt keine Noth unter den Arbeitern!

Da möchte ich ihn doch höflich einladen, vier Stunden in ein Coupee erster Klasse sich zu setzen und einmal mit mir eine Wanderung durch Hamburger Arbeiterviertel zu machen. Ganz bequem soll diese Wanderung sein: zuerst will ich ihn so um die vierte Stunde vor die Zeitungsausgabe des „Hamburger General-Anzeigers“ führen. Da soll er sehen, wie in der bittersten Kälte die Menschen, Männer und Frauen, Greise und Kinder, auf der Straße die Ausgabe der Zeitungen abwarten, um Arbeitsangebote zu suchen. Da soll er sehen, wie sie davonrasen, sobald sie einige Adressen sich gemerkt haben. Von Gendarmen in Reihen zusammengehalten, warten und warten sie mit hungerigem Magen und zerrissener Kleidung, und um die ersten Blätter schlagen sie sich.

Gehören diese Leute zum Stande Stumm? Oder gehört Stumm zu diesen? Hat der Freiherr schon einmal in seinem Leben gehungert? Sind diese Leute schuld an ihrem Elend? Wer hat die Ueberproduction und damit die Arbeitslosigkeit verschuldet? Die Arbeiter etwa? Da der Freiherr v. Stumm gerade heraus erklärt, es gäbe keinen vierten Stand, so muß man ihm eben'so gerade heraus sagen, daß er weder eine Ahnung hat, was in der Welt vorgeht, noch weiß, wo der Nährboden zu suchen ist für die umstürzlerischen Thaten, noch eine Ahnung hat, wo der wahre Kern des Socialismus liegt. So sehen die Herren aus, die wir uns zu Vertretern erwählt haben, die uns neue Gesetze schaffen, die des deutigen Volkes Wohlfahrt im Auge haben!

bei Schimonoseki begegnen und daß nach Nichtigbefund der Beglaubigungsschreiben die Verhandlungen in Hiroshima fortgeführt werden sollen. — Eine Depesche des Commandirenden der ersten japanischen Armee berichtet, die Japaner haben die Gegend von Saigentai bis Tasulon vollständig besetzt. Am 28. Februar griffen die Chinesen unter General Sih in der Stärke von 15 000 Mann die Japaner an, wurden aber nach heftigem Kampfe gegen Norden zurückgedrängt. Der Verlust der Japaner betrug 98 Mann an Todten und Verwundeten. Die Chinesen verloren 45 Todte. Am gleichen Tage machten die Chinesen einen erneuten Angriff auf Haisching, welcher alsbald zurückgeschlagen wurde.

### Arbeiterbewegung.

**Der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Bundes** in Stuttgart erläßt folgende Bekanntmachung: Hierdurch theilen wir mit, daß die am Sonntag den 27. Januar 1895 abgehaltene gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes mit einem Vertreter des Ausschusses, an der Theilnahmen die Vorstandsmitglieder W. Conrad, A. Fritz, F. Haug, Emil Pfeiffer, A. Schlichte, A. Spiegl, G. Sturm, Th. Werner, und als Vertreter des Ausschusses in Frankfurt a. M. dessen Vorsitzender A. Peterhans, folgenden Beschlusses: Der derzeitige erste Vorsitzende des deutschen Metallarbeiter-Bundes, August Junge, wird wegen Verschwiegenheit ihm zur Last fallender Unzuverlässigkeiten und das Ansehen des deutschen Metallarbeiter-Bundes schädigender Handlungen mit heutigem durch gemeinschaftlichen Beschluß des Vorstandes in Gemäßheit des § 13 Abs. 6 des Statutes seines Amtes als erster Vorsitzender des deutschen Metallarbeiter-Bundes entzogen. Von einer Neubesetzung dieses Amtes wird Abstand genommen und diese der zweiten ordentlichen Generalversammlung in Magdeburg überlassen. — Indem wir diesen Beschluß zur Kenntniz bringen, erlauben wir, sich bei Sendungen an den Verband nicht mehr der Adresse A. Junge bedienen zu wollen.

**Zuzug von Schuhmachern** nach Wermelskirchen in streng fernzubehalten.

**Lohnsdifferenzen** sind ausgebrochen in der Stahlfabrik von Esch in Geringmalde. Mehrere Arbeiter, die eine Lohn-erhöhung forderten, sind entlassen worden. Zuzug ist fernzubehalten.

**Gegen Lohnsdifferenzen** in der Röllerschen Maschinenfabrik ist der Zuzug von Kleinrentnern nach Hienzburg fernzubehalten.

**Das Gewerkschaftscharta** von Hönö hat beschlossen, der Frage der Errichtung eines Centralarbeitsamtes für die Stadt Hönö näher zu treten.

**Die Vertreter** der sechs Knopffabriken von Schmölln (Sachsen-Altenburg) beschlossen in einer kürzlich abgehaltenen Konferenz, für die sämtlichen Knopffabriken einen einheitlichen Lohnsatz festzusetzen, um so partiellen Streiks vorzubeugen, bei denen eine Fabrik gegen die andere ausgespielt zu werden pflege. Die Arbeiter werden dazu wohl auch ein Wort mitreden.

Hierzu geht dem „Vorwärts“ folgende Privatdepesche zu:

Seit heute wegen Lohnsdifferenzen anlässlich der Einführung des Einheitslohnes sind die Arbeiter von fünf Stein- und Knopffabriken ausständig. Weitere Ausstände sind jeden Augenblick zu erwarten. Zuzug ist streng fernzubehalten.

**Ueber den Weberlohn in Aachen** erhalten wir folgenden Situationsbericht: Die Forderungen der Arbeiter: menschenwürdige Behandlung und Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde, sind bis jetzt von sechs Fabriken bewilligt worden. In Folge des Umstandes, daß zwei Arbeiter einer und derselben Fabrik, welche vor dem Gewerbeamt zu Ungunsten des Unternehmers ausgelagt hatten, aus der Arbeit entlassen wurden, schickten sämtliche Arbeiter — 100 an der Zahl — die Arbeit ein und wollten dieselbe nicht eher wieder aufnehmen, als bis die Entlassenen wieder eingestellt sein werden. Diese von den Arbeitern getragene Gegenmaßnahme scheint die Herren arg verunsichert zu haben, denn sie erlassen jetzt in ihnen arg verunsichert stehenden Blättern eine „Bekanntmachung“, welche zeigt, daß sie den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und mit der ihnen eigenen Energie fortzuführen gedenken und gewillt sind.

Mehrere Arbeiter, welche in den Fabriken, wo sie beschäftigt sind, für die Ausständigen sammeln und sammeln werden, wobei einem von ihnen nach der „guten Nacht“ erwidert worden ist, sich so zu stellen, als gebe er die Arbeit freiwillig auf. Der Arbeiter erklärte jedoch entschieden die Babsheit gegen zu meinen, worauf seine Entlassung peremptorisch wurde. Die übrigen Arbeiter jener Fabrik — 200 — beantworteten diese Maßregelung mit dem Streik.

Gegenwärtig sind 350 Arbeiter zu unterhalten, von denen schon eine große Anzahl wegen des Controverciens vernachlässigt wurden.

Eine Firma sucht in A-Glabach Weber zu werben; auch werden nach dem unternieren Bierem Weber verlangt; zweifellos steht man auch dort einer Arbeiterbewegung entgegen. Der Zuzug nach diesen Orten muß daher gekannt werden. — Unterhaltungen sind zu senden an:

Johst Heinrich in Aachen, Rühlgasse 15.  
Arbeiter und Arbeiterinnen! Unterstützt Eure kämpfenden Brüder!

Der Vorstand des Central-Bundes der Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen.

**Der Streik der Schuhmacher** in Nürnberg (Gymnasium a. Schindl) dauert fort. Die Firma hat nur wenige Arbeiter zur Verfügung, jedoch wenn die Besetzung aufgehört hat, die Unternehmer wahrscheinlich gezwungen sein werden, den Forderungen der Ausständigen nachzugeben.

**Ueber die Einführung des Rekrutierungs-ages** haben sich die Bundesräthe in den Prinzipale in Zürich in gemeinschaftlich abgehaltener Konferenz verhandelt, ebenso

auch über eine procentuale Erhöhung des Berechnens. Innerhalb der nächsten vier Wochen sollen alle Prinzipale, welche ihre mündliche Zustimmung bereits gegeben haben, zu einem einheitlichen Vorgehen bemogen werden.

**Aus New-York** (Vereinigte Staaten) wird telegraphirt: Eine Anzahl streikender weißer Arbeiter schloß heute auf mehrere Keger, welche an Bord des deutschen Dampfers „Markomania“ arbeiteten. Der Steuermann des Schiffes brachte die Angelegenheit vor den hiesigen deutschen Consul.

### Sociale Uebersicht.

**Die Misstände im Baugewerbe.** Unter dieser Ueberschrift erlät in den „Blättern für sociale Praxis“ der Ausschuss des Verbandes deutscher Gewerbevereine eine Auf-forderung zur Einsetzung geeigneter Materials. Wir entnehmen derselben folgendes: Neben den bedauerlichen Verlusten der Fabrikanten und Handwerker stehen die ebenso bedauerlichen, relativ noch empfindlicheren Schäden, welche die Arbeiter erleiden, wenn nicht der Bauherr, wohl aber ihr Arbeitgeber insolvent ist. Es ist bekannt, daß dieselben Umstände, welche vielfach dazu führen, daß notorisch insolventen Personen ein Credit als Bauherren gegeben wird, dessen sie nicht würdig sind, es auch nicht sich gebracht haben, daß diese Bauherren ihrerseits nicht sowohl tüchtige, in ge-ordneter Verhältnissen befindliche Bauhandwerker, sondern sogenannte „Zwischenunternehmer“ beizähligten, die gleich-falls völlig insolvent sind und von welchen die Arbeiter nicht einmal durch Zwangsvollstreckung den verdienten Lohn be-treiben können. Es scheint eine wichtige Aufgabe des Ver-bandes deutscher Gewerbevereine, zu veruchen, ob er nicht auch an seinem Theil zur Besserung dieser ungeunden Zu-stände beitragen und geeignete Vorschläge machen kann, die sich mit dem Schutze der Arbeiter gegen die Zwischenunter-nehmer befassen müssen während die gewerblichen Vereini-gungen, Handelskammern u. s. w. naturgemäß der anderen Seite, dem Schutze der Unternehmer gegen die Insolvenz der Bauherren ihr Hauptaugenmerk zuwenden. Alle Gewerbe-gerichte, sowohl die dem Verbands angehörenden, als die dem Verbands fernstehenden, werden dringend erucht, bezügliche Mittheilungen einzusenden an Stadtrath Dr. Fleich, Vor-sitzenden des Gewerbegerichts zu Frankfurt a. M.

### Vermischtes.

**Ein spekulativer Sternrufer.** Die ambulanten Astronomen, welche auf den Plätzen mancher Großstädte ihre Teleskope aufstellen und gegen Erlegung einer geringen Summe einen aufklärenden Blick ins Weltall gestatten, er-freuen sich im Allgemeinen eines ziemlichen Zuspruches. Auch in London sind dergleichen „Astronomen“ nicht selten, von denen besonders einer durch ein ansehnlich sehr gutes, den Mond und den Mars in verblüffender Vergrößerung und mit allen Details sehr deutlich sezendes Teleskop alle Concurrenz ausmachte. Dies ging eine Weile ganz gut, bis eines Tages ein Professor der Sternwarte zu Greenwich zu-fällig auch einmal bei seinem „Collegen“ dominierte, d. h. einen Blick durch das besagte Fernrohr that und darin den Mond in ziemlich merkwürdiger Verfassung erblickte. Das Cometei des Mondes, das er im Zubus sah, war nur eine Zeichnung auf einer kleinen Glasplatte, die durch eine geschickt im Fern-rohr angebrachte Linse so beleuchtet wurde, daß wohl Hunderte mit großem Interesse dem Freundemond ins Antlitz gesehen und seine Verglaublichkeiten bewundert haben mögen, ohne den Schwindel zu merken. Der Scharsteher hatte noch eine ganze Menge Platten bei sich, mit welchen er der je-weiligen Constellation der Sterne Rechnung trug. Die Constellation der dazu nöthigen Vorrichtung soll so geschickt und zweckmäßig gewesen sein, daß man wohl annehmen kann, irgend ein bewandertes Conter habe die Anordnung getroffen und mit dem Herrn Sternrufer gemeinschaftliche Sache gemacht.

**Ein sonderbares Testament.** Aus London wird gemeldet: In Italien ward vor einigen Tagen das 70-jährige Fräulein Petta Bloomer mit Hinterlassung eines Vermögens von 40000 Sc. Sterl. Da ihre Wille der Dame lautet wie folgt: „Ich bin nicht aus freiem Willen ledig geblieben, drei Mal war ich verheiratet, um drei Mal von unehren Mannern verlassen zu werden. So bestimme ich, daß die Frauen meines Vermögens schließlich an meinem Todestage an fünf unermählte Damen vertheilt werden sollen, die das würdige Lebensalter überschritten haben und bezogen können, daß bei ihnen ein Verbleib durch Vertheil des Vermögens zu nichte geworden.“ Der Schlichter lautet: „Wenn in irgend einem Jahre keine Frauen kommen sich melden sollten, wird es aber bei der Erbenschaft der Männer für unmöglich halten, möge man die Frauen zum Capital zählen.“

**Neue Entwürfe und Verbesserungen** werden aus Brüssel, Ober- und Niederbrüssel gemeldet. Auch im Gebiet der oberen Rhine und in Oberbrüssel herrschen Schanzarbeiten.

**Bei heutigem Sturm** ist am Sonntag Nachmittag der Orkan eine große Anzahl Passagiere bei der Aus-fahrt aus dem Hafen von Anvers gemeldet. Von der aus 160 Mann bestehenden Besatzung und den 20 Passagieren konnten bis zum Abend 70 auf Booten gerettet werden. Ein Boot sank um, drei Matrosen des „Dover“ ertranken. Man hoffte, das Schiff am Dienstag wieder flott zu machen.

**Ueber den Einfluß auf den hiesigen Markt** am 6. und 7. Januar berichtet die hiesige „Norddeutsche Ztg.“: Die zwei letzten Wochentage sind als Sonntage worden ungenutzt, und es erfordert wenigstens vier Jahre, um den ungenutzten Schaden wieder einzulösen zu können. Auf dem Markt ist heute jedes Alter Schmelze dem Erdbeben gleich gemacht worden, das Schmelze wurde ungenutzt, und neue Häuser können nicht gebaut werden. Die Stadt Ober-brüssel mit 600 Leuten wohnt am Rand und die hiesige Stadt „Dinant“, die nur zwei Jahre im Jahre von Brüssel lag, verlor alle Häuser. Auf der Insel Reims ist alles zerstört, verheert, sämtliche Häuser sind eingestürzt und viele Eingeborene getödtet. Der Sturm am Sonntag und Montag hat die Stadt bei hiesigen geübt. Zwei Kirchen, das Ge-gebäude, die gegen Spindel und nach alle Schmelze sind zerstört. Die Stadt ist eine einzige große Ruine.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“.)

52. Sitzung vom 5. März, 1 Uhr,  
Die zweite Berathung des Militäretats wird fortgesetzt bei dem Capitel „Militär-Justizver-waltung.“

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Abg. Bebel hat sich gestern in Erwähnung verschiedener Duellfälle darüber beschwert, daß die Beurtheilung sehr bald begnadigt würden. Ich kann nicht auf alle einzelnen Fälle eingehen, da ich nicht genau darüber informiert bin. In einem Falle aus Hamburg aber, in dem sich Abg. Bebel über das Verhalten eines Offiziers beschwerte, liegt mir ein Bericht vor, laut dem der Offizier von einem Civilisten hart bedrängt worden war und diesem deshalb einen Denkartel gegeben hat. Der Offizier verdiente jedenfalls nicht den Zuruf „Feigheit“, der gestern von socialdemokratischer Seite erhob, da ich nicht weiß, von wem der Ruf ausging, so bin ich leider nicht in der Lage, den Offizier gegen diese Be-leidigung nachträglich in Schutz zu nehmen. Ich muß mich darauf beschränken, Herrn Bebel zu sagen, daß ich es für feige halte, einen Abwesenden in solcher Weise anzugreifen. Wenn mir Herr Bebel schließlich Naivität vorgeworfen hat, so mag dies für ein junges Mädchen eine Schmeichelei sein, für einen Mann in meinem Alter jedenfalls nicht. Ich will aber nicht weiter darauf reagieren.

Abg. Bech (frei. Volksp.) beschwert sich über die Unzulänglichkeit der Militär-Strafproceßordnung, die selbst bei den bürgerlichen Gerichten Zweifel über die Competenz zulasse. In einem Falle sei seitens der ersten Instanz ein verurtheilendes Erkenntnis gegen einen Offizier wegen Be-leidigung einer Dame gefällt worden, die zweite Instanz habe aber das Urtheil aufgehoben und sich für unzuständig erklärt. Es sei deshalb zu beklagen, daß die längst in Aus-sicht gestellte neue Militär-Strafproceßordnung noch immer nicht vorgelegt worden sei.

Abg. Bebel (SoD.). Zunächst muß ich noch einmal auf die Aeußerungen des Herrn Kriegsminister zurückkommen. Er hat es gewissermaßen als eine Beleidigung hingestellt, wenn ich ihm gegenüber von „Kaitbetat“ gesprochen hätte. Ich habe in Verbindung mit den Erlaffen nur gesagt: „Ich weiß nicht, ob die Militärverwaltung so naiv ist zu glauben, daß derartige Maßregeln eine Wirkung haben; wenn sie so naiv sein sollte, dann würde ich das bedauern.“ Ich habe das ganz hypothetisch geäußert und es steht ganz bei dem Herrn Kriegsminister, wie er die Sache auffassen will; ich habe eine persönliche Spitze gegen ihn nicht darenin gelegt. Des Weiteren hat er gemeint, man habe hier unter dem Schutze der Redefreiheit Abweisende angegriffen und das sei sehr leicht. Verwunderlicher Weise hat ein großer Theil der Herren hier im Hause, die zuhörten, ihre lebhafteste Zu-stimmung geäußert. Wenn wir darauf verzichten sollten, Abweisende anzugreifen, dann kämen Redner jeder Partei in die Lage, sehr wichtige und für das Allgemeinwohl höchst bedeutungsvolle Angelegenheiten verschweigen zu müssen. Haben wir öffentliche Missethäter hier zu geißeln und zur Sprache zu bringen, dann können wir auch nicht umhin, die Per-sonen mit Namen zu nennen, von denen sie ausgehen und die Frage ist nur, ob wir in den Angriffen über das parlamentarisch erlaubte Maß hinausgehen. Das ist gestern nicht geschehen, sonst würde der Präsident seines Amtes ge-waltet haben. (Glocke des Präsidenten).

Präsident von Levetow: Ich habe in jenem Augen-blick nicht präjudicirt, gebe aber meiner Meinung dahin Aus-druck, daß die Redefreiheit nur gebraucht werden darf zur Vorbringung von Thatfachen, nicht aber zur Beschimpfung von Personen, wie es durch den Zwischenruf „Feigheit“ geschehen ist. Ich würde den Zwischenruf nicht geduldet haben. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (fortfahrend). Das Wort „Feigheit“ soll aus dem Hause gerufen worden sein, von mir ist es nicht gebraucht worden. Also Abweisende anzugreifen, wenn es sich um Missethäter handelt, ist unsere Pflicht. Bei der Be-sprechung der Duellvorgänge kam es mir nur darauf an, die Gegenätze zu constatiren, die innerhalb unserer heutigen Gesellschaft bestehen, die grundverschiedene Auffassung, die Platz greift, wenn es sich um einen Offizier oder um einen Mann aus dem Volke oder namentlich einen Socialdemo-kraten handelt. Wenn heute der Herr Kriegsminister hinzu-gefügt hat, wir sollten am allerwenigsten das Gnadenrecht des Kaisers hier angreifen, wir wüßten ja nicht, ob wir nicht einmal selbst in die Lage kämen, so sage ich es ihm heut wie ich es ihm vor einem Jahre gesagt habe: Wir werden nie und zu keiner Zeit ein Gnadenrecht verlangen, wir ver-langen Recht. Wir sind prinzipielle Gegner des Gnadenrechts und wenn einer unserer Parteigenossen, sei es zu einer noch so langen Gefängnisstrafe verurtheilt, sich herausnehmen würde, während der Haft um Gnade zu bitten, in demselben Augenblick wäre er aus der Partei ausgeschlossen. Das ist unsere Auffassung von der Sache. Wir wollen aber auf der andern Seite Gehege haben, die Recht und Gerechtigkeit ver-bürgen, was bei uns bei vielen Gehegen leider nicht der Fall ist. Was den Hamburger Fall anlangt, so constatire ich, daß die Sache, wie ich sie dargestellt habe, an sich nicht be-stritten wird. Was von dem Kriegsminister hinzugefügt worden ist, sind Nebenjachen und obendrein solche, die keines-wegs zu Gunsten des betreffenden Offiziers sprechen. Der Offizier hatte nicht die Pferdebahn, sondern die Dampfbahn nach Wandsbeck benutzt und auf dem einzigen Platz gestanden, der verkehrsmäßig freigehalten werden muß, damit die Passagiere absteigen können, denn auf der anderen Seite abzuweichen, ist nicht möglich weil der Platz abgegriffen ist. Der Bürgerliche war kein Arbeiter, sondern ein Kaufmann, (Weiteren Reichstag siehe Beilage.)

Verantwortlicher Redacteur: E. Reutisch; — Redaktion: Neue Graupenstr. 56; — für den Inzeratenthail: E. Zahn; — Expedition: Neue Graupenstr. 56; — Verlag von C. Schütz & Co.; — Druck von Th. Schatzky; sammtlich in Breslau.

(Fortsetzung von Seite 4.)

also ein Mann von gesellschaftlicher Bildung. Die Form in der er mit dem Offizier gesprochen hat, war keine unhöfliche. Nachdem trotz wiederholtem Ersuchen der Offizier nicht weicht, der Bürgerliche aber den Offizier etwas drängelt, springt der Offizier hinter dem Mann ab, und da der Cicerone der Forderung, ihn um Verzeihung zu bitten, nicht nachkommen will, zieht der Offizier ohne Weiteres den Säbel und haut den Mann über den Kopf. Das nennt der Herr Kriegsminister „einen Denkzettel geben“ mit andern Worten, er findet das Verfahren des Offiziers ganz in der Ordnung; aber es ist noch viel weniger in der Ordnung wie das Verfahren des Generals Kirchhoff, das freilich vom Minister auch vertheidigt worden ist. Es kommt eben darauf hinaus, was immer ein Offizier, sei er in noch so unbedeutender Weise von einem Bürgerlichen gereizt oder verletzt worden, in diesem Fall thun mag, das wird von der Militärverwaltung vertheidigt, auch wenn das Verhalten im Widerspruch mit allen Bestimmungen der öffentlichen Ordnung steht, die wir für solche Fälle vorgeschrieben haben. Der Offizier hatte die Verpflichtung, wenn der Bürgerliche ihn beleidigt hatte, seinen Namen festzustellen und konnte ihn verklagen und bei unseren Richtern, die ja selbst meistens Reserveoffiziere sind, hätte seiner eine schwere Strafe gewartet, wenn wirklich eine Verletzung festzustellen wäre. Aber daß ein Mann, der vernünftig ist, wegen eines unbedeutenden Vorganges die Gelegenheit wahrnimmt, jetzt über den Wehrlosen herzufallen und ihn zwischen die Rippen zu stechen — ja wenn da ein Ausbruch gefallen ist, wie er nach den Zeitungsberichten gestern hier gefallen sein soll, dann wundere ich mich darüber nicht. Ich will jetzt einmal hier im Gegensaß zu dem Herrn Kriegsminister mich auf meinen Parteigenossen von Bollmar beziehen, nur daß ich mich heute mit Recht auf ihn beziehe, während er sich gestern mit Unrecht auf ihn bezogen hat. Herr von Bollmar hat im bayerischen Landtage einen ähnlichen Fall zur Sprache gebracht, wo ein Offizier einen Bürgerlichen mit der Waffe verletzt hatte, da hat Herr von Bollmar dieses Verfahren vor vollem Hause und in Gegenwart des bayerischen Kriegsministers für eine Feigheit erklärt und der bayerische Kriegsminister hat keine Veranlassung genommen, den Offizier dagegen zu verwehren, weil er sich sagen mußte, wenn der Fall so läge, daß der Offizier gegen den wehrlosen Bürger von der Waffe Gebrauch gemacht hat, so ist die Bezeichnung wohl verdient. — Das ist die veraltete Auffassung, die man hat.

Ich komme nun zum eigentlichen Thema. Wir haben hier im vorigen Jahre eine Resolution angenommen, in der die verbündeten Regierungen aufgefordert wurden, nach dem Muster der Veröffentlichungen über die allgemeine Criminalstatistik auch die Veröffentlichung einer Statistik über die von den Militärgerichten abgeurtheilten Strafsachen zu erlassen. Der Antrag war, soweit ich mich entsinne, in der Budgetcommission von dem Abg. Gröber gestellt und ist von der Commission mit großer Mehrheit angenommen worden, ebenso wie im Plenum. Man hat uns mit der bekannten Betrübnis auf die einmal kommende Militärstrafprozessordnung, die seit 25 Jahren gefordert wird, abgesehen. Und wenn die Frage nicht einschläfen soll, ist es nothwendig, daß sie in jeder Session mit aller Energie und Entschiedenheit zur Sprache gebracht und auf Aenderung des bisherigen Zustandes kategorisch gedrungen wird. Der gestern von mir erwähnte Fall Wendland hat gezeigt, wie nothwendig eine Revision der Militärstrafprozessordnung ist. Die Frage hängt auch eng mit der Frage der Soldatenmißhandlungen zusammen. Warum dauert die Ausarbeitung der neuen Militärstrafprozessordnung so lange? Wird man doch mit Unsturzvorlagen so viel eher fertig! Das Thema der Militärmißhandlungen ist seit einer Reihe von Jahren im Reichstag ein stehendes, aber eine Besserung der Zustände ist noch nicht eingetreten. Selbst die vielen Erlasse haben nichts gefruchtet. Wer einigermaßen in unserem Militärleben bekannt ist, weiß, daß gerade die Schimpfworte bis auf den heutigen Tag in vollstem Maße und in jener drastischen Weise, die man nur auf dem Exercirplatz zu hören bekommt, in Anwendung sind trotz allen Erlässen; vielleicht haben die ganz grausamen und barbarischen Mißhandlungen eine Verminderung erfahren, wenigstens sind solche Fälle nicht in die Oeffentlichkeit gekommen. Aber in einer Broschüre sagt ein Mann Namens Schiller, der selbst Soldat gewesen ist, es gäbe wohl keinen einzigen Mann, der während seiner Rekrutenzeit nicht gedröckelt worden wäre. Das Uebel sitzt eben sehr tief und ich bin ganz der Meinung meines Freundes Liebnecht, der sich von der Umwandlung in ein Milizheer auch eine Abnahme der Mißhandlungen verspricht. Ein wesentliches Theil der Schuld trägt auch die bestehende Beschwerdeordnung. Der Kriegsminister hat, wie ich anerkenne, die Bestimmung aufgehoben, daß Soldaten wegen Nichtmeldens eines zugefügten Unrechts bestraft werden können. Trotzdem sind mir Fälle gemeldet worden, in welcher Leute noch deswegen bestraft worden sind. Es handelt sich in diesem Fall um einen Musketier im 1. Bataillon des 6. thüringischen Infanterie-Regiments, der von dem Sergeanten Lux mit dem Seitengewehr derartig bearbeitet wurde, daß schließlich der ganze Rücken in eine einzige Fiterbeule überging. Der Mann wagte nicht aus Furcht, späteren weiteren Mißhandlungen ausgesetzt zu sein, den Sergeanten zur Strafe zu bringen, und der Fall selbst kam nur dadurch zur Kenntniß der höheren Militärbehörde, daß der Mann, als er eines Tages zum Baden commandirt wurde, sich weigerte, sich zu entkleiden und dadurch der wachhabende Offizier aufmerksam wurde. Der Unteroffizier ist zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Das mag auch einigermaßen eine Sühne sein, daß aber das Strafmaß nicht in allen Fällen ein entsprechendes ist, ja daß es oft ein sehr mildes ist, dafür diene der folgende Fall als Beispiel, der sich in Dresden beim 2. Jägerbataillon am 31. Mai v. J. zutragen hat. Bei einer Schießübung schnitt ein Jäger einen Kienpahn ab, um das Korn anzuräumen, was ja verboten

ist. Der Sergeant packt den Jäger bei der Gurgel und würgt ihn derartig, daß der Mann umfällt. Der Sergeant glaubt, der Jäger simulire, aber er ist vollständig bewußtlos und mußte ins Lazareth. Der Sergeant bekam für die Rohheit drei Tage Mittelarrest zudictirt. (Hört, hört, links.) Ein dritter Fall betrifft den Unteroffizier Koch von der 1. Compagnie des 94. Regiments. Auch in diesem Falle mußte der Mann durch seine Kameraden ins Lazareth geschickt werden. Der Unteroffizier wurde in Haft genommen; was ihm passiert ist, weiß ich nicht. Redner reiht daran einen Fall aus dem 76. Regiment und einen solchen, der in Ulm passiert ist, einen dritten aus Stuttgart. Ein weiterer Fall kam in einer Schwurgerichtsverhandlung in Nachen zur Kenntniß der Behörde. Ein gewisser Conrad Küper, der früher in Köln beim 65. Infanterie-Regiment gedient hatte, war wegen Mordes angeklagt. Einige Zeugen wurden über den Leumund des Angeklagten beim Militär befragt und bekundeten, daß dieser als Rekrutengesetter sich die unglaublichsten Mißhandlungen hat zu Schulden kommen lassen. Ein Zeuge, gefragt, warum er das nicht angezeigt habe, antwortete: Ein Rekrut hütet sich, etwas anzuzeigen, es würde ihm übel bekommen. Also das Beschwerderecht ist wesentlich daran Schuld, wenn solche Fälle der Ahndung entzogen werden. Redner verliest noch eine Anzahl Briefe von Soldaten an ihre Eltern, in denen einerseits bitter über Mißhandlungen durch Vorgesetzte geklagt wird, andererseits über Entziehung der Sonntagsruhe Beschwerde geführt wird. Nicht bloß Unteroffiziere, auch Offiziere gehören zu den Mißhandelnden u. a. ein Hauptmann von Strombeck im 2. Garde-Regiment z. F. Charakteristisch ist noch der folgende Fall von den württembergischen rothen Männen. Eine Zeitung hatte gewisse Mißhandlungsfälle, die früher, wo das Regiment noch in Stuttgart war, vorgekommen sein sollten, veröffentlicht und zwar von einem gewissen Rauch, der die Fälle noch seiner Entlassung der Zeitung mitgetheilt hatte. Der Oberst läßt nun die ganze Escadron antreten und fordert sämtliche Leute auf, das, was sie von der Sache wissen, zu sagen. Keiner der Leute rührt sich. Der Oberst sagt nun natürlich, die Zeitungen haben gelogen und reicht Klage ein. In der Verhandlung werden als Zeugen entlassene und noch im Dienst befindliche Soldaten vernommen, die ersteren bestätigen die Zeitungsmittelungen, die letzteren sind sehr zurückhaltend und vorsichtig. Das Gericht war schließlich genöthigt — es war neben einem liberalen Blatt auch noch ein socialdemokratisches Blatt angeklagt — freizusprechen. Alle diese Vorgänge legen der Militärverwaltung die Verpflichtung auf, dem Soldaten das Klagerrecht nicht zu erschweren, sonst sind alle Erlasse vergeblich. In der Schweiz, wo trotz des Milizsystems auch Mißhandlungen vorkommen, ist das Beschwerderecht viel besser als bei uns regulirt. Während dort ein Ueberfluß an Beschwerden zu constatiren ist, liegt bei uns geradezu ein Mangel an Beschwerden vor. Hier liegt das Grundübel, hier muß Wandel geschaffen werden. Sie haben doch ein Interesse daran, daß die Leute gern Soldat werden. Statt dessen scheinen sie sich heute vom ersten Tage ihrer Dienstzeit nach dem Tage ihrer Entlassung (vehementer Widerspruch rechts, sehr richtig, links) aus der Zwangsanstalt. Ein Beweis dafür, daß die zweijährige Dienstzeit den Leuten überaus angenehm ist, sehe ich in der Thatfache, daß sich die Zahl der Militärgefangenen so stark verringert hat, die Dienstfreudigkeit also zugenommen hat. (Hört, hört, links.) Das beweist, wie eben schon die bloße Aussicht, ein Jahr früher vom Militärdienst befreit zu werden, eine ganz außerordentlich günstige Wirkung auf die Armee ausgeübt hat. Diese Wirkung wurde sich noch erhöhen, wenn endlich die Soldaten die Sicherheit hätten, daß sie unter allen Umständen als Culturmenschen behandelt werden. Das steht für mich und meine Parteifreunde unzweifelhaft fest. (Vehementer Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Lenzmann (freis. Volksp.): Ich kann es mir nicht verlagern, auch meinerseits den dringenden Wunsch nach Emanation einer neuen Militärstrafprozessordnung auszusprechen, die den Grundriß der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens zur Durchführung bringt. Daß auch das Beschwerderecht noch immer sehr im Argen liegt, beweisen die vom Abgeordneten Bebel angeführten Fälle von Soldatenmißhandlungen. Schon der dritte Theil davon würde genügen, um den Beweis zu erbringen: Wir wollen die Kupferhaltung einer strengen Disciplin im Heere, aber dann soll man den Soldaten auch das geben, was jedem Staatsbürger zukommt: Das Recht. Wir wollen Recht, nicht Gnade, sage auch ich. Ich hoffe, der Kriegsminister giebt uns eine befriedigende Antwort über den Stand der Militärstrafprozessordnung.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Ich habe meiner vorjährigen Erklärung über diese Frage nichts hinzuzufügen. Setzt man Zweifel in meine Fähigkeit, die Sache durchzusehen, so würde mir das sehr leid thun. Kann ich sie nicht durchsehen, so würde ich den Kaiser um einen Nachfolger bitten. Wenn man durchblicken ließe, daß an einer höheren Stelle meine Anschauungen nicht getheilt werden, so muß ich das auf das Entschiedenste zurückweisen. Dem Abgeord. Bebel kann ich nicht auf alle seine Beschwerden antworten, nicht alle seine unrichtigen Angaben gleich richtig stellen. Daß Mißhandlungen vorkommen, habe ich nie behauptet, nur versichert, daß wir ernstlich beitreten sind, dem Uebel zu steuern. Das beweisen doch die Erlasse, auf die Herr Bebel hingewiesen hat. Herr Bebel beruft sich auf Briefe und Zeitungsmittelungen, aber gerade in solchen wird am meisten gelogen; Herr Bebel scheint mir etwas leichtgläubig zu sein. Wäre es richtig, daß die Leute nicht mehr mit Lust und Liebe, Soldat werden, so müßte sich die Zahl der Freiwilligen in den Truppendeilen mit dreijähriger Dienstzeit vermindert haben. Aber gerade das Gegentheil ist eingetreten. Herr Bebel hat also Unrecht.

Abg. v. Bollmar (Soc.): Meinem Parteigenossen Bebel ist die Aeußerung, die ich seiner Zeit im bayerischen Landtage gethan habe, nicht ganz gegenwärtig gewesen. Sie

hat sich nicht bezogen auf einen bestimmten Offizier oder auf irgend Jemand, der einen Bürger attackirt hat, sondern sie war gerichtet gegen die Soldatenmißhandlungen. Der Satz lautet: „Wie gesagt, die Ehre dieses Standes ist sonst ganz außerordentlich leicht empfindlich und verletzlich; aber einen Wehrlosen völlig Widerstandsunfähigen zu beleidigen und zu mißhandeln, das scheint manchem Offizier keine Verletzung der Ehre zu sein. Und doch, meine Herren, kann ich für meine Person wenigstens mir auf der weiten Welt nichts Ehrloseres denken, als die bewusste Kränkung, Beleidigung, Mißhandlung eines Menschen, der nicht im Stande ist, sich zu vertheidigen.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Hierauf hat der bayerische Kriegsminister, Herr v. Uch, geantwortet: „Ich räume ein, daß in den Mißhandlungen eine Verletzung der Ehre des Offiziers eingegriffen ist.“ Und weiter hat er hinzugefügt: „Daß meine Ausführungen ihm nicht vollberechtigt erschienen, insofern, als der gerügte Geist des Offiziercorps in der großen Menge der Offiziere nicht vorhanden sei.“ Dies der Thatbestand. Nur noch ein Paar Bemerkungen zur Sache. Zunächst möchte ich dem Gefühl Ausdruck geben, daß die veränderte Beschwerdeordnung, wie sie uns vorliegt, manches Gute enthält und Erleichterungen des Beschwerdewesens giebt, die zu begrüßen sind. Ihre Bestimmungen sind so gemeinfach geschrieben, daß sie von jedem verstanden werden können. Es ist ein großer Vorzug, daß ein Soldat sich in Zukunft direct mit seinem Compagnie-Chef in Verbindung setzen kann. Dagegen finde ich es sehr bedauerlich, daß die alte Bestimmung nicht beseitigt worden ist, wonach auch solche Anzeigen, die sich als unwahr, d. h. also wohl als unerweislich herausstellten, nicht nur dann bestraft werden, wenn offenbar die falsche Anzeige wider besseres Wissen stattgefunden hat, sondern auch dann strafbar sind, wenn die Anzeige im Leichtsinne stattgefunden hat. Für den Soldaten, der Beschwerde erheben will, ist es ganz außerordentlich schwierig, überhaupt Zeugen zu bekommen. Nehmen Sie nun einmal an, daß der betreffende Unteroffizier und er allein auf dem Plage gewesen sind, wo soll er dann überhaupt einen Zeugen herbeiziehen. Nach militärischem Rechte wird im Allgemeinen dem Vorgesetzten mehr geglaubt, und daher ist also von vorn herein die Sache nahezu aussichtslos für ihn. Diese Bestimmung aufrecht zu erhalten, ist im höchsten Grade bedauerlich. Im bürgerlichen Rechtsverfahren ist man mit der sogenannten Fribolitätsstrafe vollkommen fertig geworden, im militärischen Verfahren sollte es eben so sein. Der frechen Denunciation, die eine Niederträchtigkeit ist, wollen wir damit natürlich keinen Vorstoß leisten. Aber sie kommt in der Regel gar nicht vor. Die ganzen militärischen Verhältnisse sind so, daß im Allgemeinen überhaupt sehr wenige Beschwerden eingereicht werden, auch dann, wenn sie vollkommen begründet sind. Ich habe einen Offizier gekannt, und zwar keinen Subalternen, der direct erklärt hat, daß nach seinen Erfahrungen unter 100 Beschwerden kaum eine unbegründet sei. Ganz naturgemäß, weil eben der Weg ein so schwerer ist und namentlich bisher war. So wie die Bestimmung jetzt da ist, muß sie zweifellos abschrecken von der Betretung des Beschwerdeweges. In der früheren Disciplinordnung ist ausdrücklich vorgeschrieben, resp. dem Soldaten verboten gewesen, sich bei einer dritten Person Rath zu holen. Diese Bestimmung hat außerordentlich erschwerend gewirkt. Ein einfacher Soldat, der vom Lande kommt, hat keine klare Vorstellung von seinen Rechten, seiner ganzen Stellung, ja selbst von dem, was objective Wahrheit ist. Er muß das Recht haben, jemanden zu fragen. In der neuen Beschwerdeordnung ist ein diesbezüglicher Punkt nicht enthalten und ich möchte fragen, ob die alte Bestimmung aufgehoben ist oder nicht. (Ruf von Regierungssitz: Natürlich!) Bitte, es ist nicht alles so natürlich, wie es scheint. Weiter möchte ich fragen, ob die Vorschriften über den Beschwerdeweg den Soldaten auch fortgesetzt zur Kenntniß gebracht werden. Auf das Kapitel der Soldatenmißhandlungen will ich hier nicht weiter eingehen. Wir in Bayern haben ja im Landtage bei unserer eigenen Militärdébatte Gelegenheit dazu. Außerdem weiß ich, daß unter meinen Parteigenossen hier genug anwesend sind, die ihrerseits Fälle sammeln und vorbringen können. Daß bei den oberen Befehlshabern die gute Absicht bestehe, die Mißhandlungen einzuschränken, hat auch Bebel, was der Kriegsminister überhört zu haben scheint, anerkannt. Der Kriegsminister meine: wir mit unserer Disciplin werden am ehesten im Stande sein, sie aus der Welt zu schaffen. Ich bin davon gar nicht überzeugt, meine vielmehr, daß in den bestorganisirten Heeren — auch in einem Milizheer — Mißhandlungen vorkommen werden. Das Kriegshandwerk ist ein rauhes Handwerk, wo Tausende beisammen sind, die sich hauptsächlich mit körperlichen Übungen befassen, liegen derartige Dinge außerordentlich viel näher, wie im geordneten, bürgerlichen Leben, aber man kann sie viel mehr beschränken, als das bis jetzt schon geschehen ist. Man pflegt wohl zu sagen, daß die Soldatenmißhandlungen eine nothwendige Consequenz des Militarismus des stehenden Heeres seien, und daß sie im System liegen. Das ist ja bis zu einem gewissen Grade richtig, aber nicht ganz richtig. Es können auch im stehenden Heere bei uns sehr wohl Anordnungen getroffen werden, welche die Soldatenmißhandlungen eindämmen. Von der Disciplin erwartet das der Kriegsminister. Es muß doch einen wunderbaren Einbruch machen, wenn wir unausgesetzt die Güte der Disciplin des deutschen Heeres rühmen, wenn wir sagen hören, daß sobald der oberste Befehlshaber gesprochen hat, niemand anders in der Armee eine Privatmeinung mehr aufrecht zu erhalten und sich einfach zu unterwerfen und hierin seinen Stolz zu erblicken hat, und wenn wir sehen, daß diese vielgerühmte Disciplin dann grade uns im Stiche läßt, wenn sie am nothwendigsten in Friedenszeiten wäre. Trotz aller Erlasse kommen fortgesetzt Mißhandlungen vor, die nicht allein von Unteroffizieren sondern selbst von Offizieren ausgeht werden. Mit Rohheit auszuist das nicht zu erklären. Ein weiterer Erklärungsgrund ist die Ueberarbeit die gegenwärtig in unserem Heerwesen geleistet wird, die außerordentliche Anstrengung

die, soweit die Rekrutenausbildung in Betracht kommt, weit über das hinausgeht, was vernünftiger Weise geleistet werden kann. Jeder einzelne der Vorgesetzten drückt notwendigerweise auf seinen untern. Jeder will haben, daß die Sache so klappert, wie er es für richtig hält und nun geht der Druck in der bekannten Art, wie sie beim Militär ist, immer weiter, wird immer größer, immer unerträglich, bis er unten wo man ihn nicht mehr abweichen kann, am allerstärksten empfunden wird. Wollte man dazu übergehen, von den Untergebenen nicht mehr zu verlangen, als sie vernünftiger Weise ausführen können, wenn man nicht wegen jeder Kleinigkeit die Corporalschaft, den Zug, den Compagnieführer verantwortlich machen würde, dann wäre schon manches besser. Die schlimmsten Quälereien geschehen nicht auf den Exercierplätzen, sondern in den Mannschaftszimmern, wenn die Offiziere nicht anwesend sind. Deshalb muß mehr als bisher darauf gesehen werden, daß die Compagnieoffiziere am Abend, wenn das Verlesen vorbei ist, unvermuthet die Mannschaftszimmer revidiren. Redner bespricht im Anschluß hieran die Beschwerdeverfahren für Offiziere und wünscht ihre Abänderung. Ein Colleague des Herrn Kriegsministers habe einmal geäußert, daß diese Vorschriften allerdings ziemlich complizirt seien. Das sei nun ein sehr zarter Ausdruck (Weiterkeit links) für die thatsächlich vorhandenen Uebelstände. Im Zusammenhang damit bespricht Redner das Qualificationswesen der Offiziere und verlangt auch hier Änderungen, besonders den Fortfall der Geheimhaltung des Qualificationsbogens. Ein sehr merkwürdigen Redewendung werde manchmal die Entlassung eines Offiziers begründet. So sei einem Offizier geschrieben worden, er sei sehr gut, aber wegen körperlicher Kleinheit und weil er vor der Front unansehnlich aussehe, ungeeignet, in die höhere Charge einzutreten. Diese körperliche Kleinheit hatte ihn nicht gehindert, Major zu werden. Nur für den Oberlieutenant war er zu klein. (Weiterkeit) Zum Schluß macht Redner auf die veraltete Einrichtung aufmerksam, daß die Offiziere zur Disposition der Militärgerichtsbarkeit unterstellt seien, ein Umstand, der seine grelle Belandung durch einen Fall aus der Berliner Hofgesellschaft (Hof Hofe) gefunden habe. Das riefte nicht nach geordneter Rechtsprechung. Dieser Zweifelsstellung der Offiziere z. D. müßte ein Ende gemacht werden.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich will dem Vorredner nur Einiges erwidern. Es bezieht sich bei uns nach der neuen Beschwerdeordnung ein ausgebreitetes Beschwerderecht, aber keine Beschwerdepflicht. Das Erstere genügt. Ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, daß das Beschwerderecht der Offiziere reformirt wird. Dagegen kann ich nicht in Aussicht stellen, daß die Offiziere zur Disposition der Militärgerichtsbarkeit werden entzogen werden. Der Vorredner hat dabei auf einen besonderen Fall eingewiesen, der für mich persönlich wenig Interesse hat, der nur gewissen Sensationsblättern über die Sauregurkenzeit hinaus Gelegenheit geboten hat, die absurdesten Schläge aus den absurdesten Behauptungen zu ziehen.

Abg. Dr. v. Marquardien (natl.) beklagt die baldige Vorlegung einer neuen Strafproceßordnung. Die nach hiesiger Ansicht die Defensivität und Minderheit des Verfahrens inkurirt. Abg. Sebel bezweifelt, daß allen Soldaten das Maß des ihnen zuzurechnenden Beschwerderechts genügend bekannt gegeben werde. Bezüglich der an ihn gebrachten Beschwerden könne ihm der Kriegsminister Verantwortlichkeit nicht verwerfen, denn in den langen Jahren, in denen er solche Beschwerden vorgebracht habe, seien ihm nur aus 2 Fällen wirkliche Widerlegungen zu Theil geworden. Bezüglich der von ihm behaupteten Unklarheit zum Militärstande brauche er nur auf die von Jahr zu Jahr geringer werdende Zahl der Capitulantien hinzuweisen.

General-Major Strenbach erklärt es für durchaus unmöglich, daß wegen Nichtabgabe einer Beschwerde eine Verurtheilung erfolgt sei. Die neue Beschwerdeordnung biete absolut keinen Anhalt dazu. Die Behauptungen wegen unbegründeter Beschwerden seien auf das Militärstrafrecht zurückzuführen, an dem die Beschwerdeordnung nichts habe ändern können. Was die Soldatenmishandlungen betreffe, so hätten ja auch die socialdemokratischen Kreise anerkannt, daß die großen Mißhandlungen bekannt geworden sind. Das sei immerhin ein Fortschritt. Die von Herrn Sebel erwähnte nachträgliche Verurtheilung eines Recruten mit 3 Jahren Gefängnis erkläre sich daher, weil er wiederholt Vorgesetzten gegenüber ungehorsam gewesen war und socialdemokratische Agitation in der Kaserne ausgeübt hätte. Da sei das Militärstrafrecht im inneren vollen Recht gewesen, wenn es die Strafe möglichst vertheilt habe.

Generalmajor Freiherr von Gemmingen: Abg. Sebel hat auf eine Aeußerung von mir in der Umzugscommission hin erklärt, die Zahl der Militärgefangenen habe sich seit Einführung der vorgeschlagenen Disziplin um ein Drittel vermindert. Diese meine Angabe bezog sich aber nur auf das Bundeswehr und nur auf das zweite Dienstjahr. Die Zahl müßte also geringer sein.

Abg. von Kardorff (Natl.) richtet sich gegen die Aeußerung des Abg. Sebel, daß die jungen Leute heute nicht mehr ganz Soldat sind. Sie würden mit Lust und Siebe Soldat und seien stolz darauf, daß sie es seien. Abg. Graf Koenig (Natl.) befragt die Angaben des Vorredners und bezieht sich für seine Ansicht auf die in den Kriegsverträgen bestehende Begünstigung. Dem Socialdemokraten komme es aber nur darauf an, Ungleichheit in die Kaserne zu tragen.

Abg. Sebel bemerkt, letzteres können die anderen Parteien leicht verhindern, indem sie allen Grund zur Ungleichheit beseitigen. Soldatenmishandlungen können gewiß auch in anderen Ländern vor, dort aber fänden sie ihre Abwehr vor aller Öffentlichkeit. Sei uns beizubringen man sie auf Fälle über Mißhandlungen.

Abg. v. Kardorff (Natl.) erwidert, diese Fälle bespreche doch, daß die unangehenden Stellen bezeugt seien, die Soldatenmishandlungen aus der Welt zu schaffen.

Darauf schließt die Discussion. Persönlich bezieht

Abg. Sieblach (Natl.): Als ich gestern dem Kriegsminister das Wort gelehrt entgegenrief, wußte ich, daß ich mich mit der öffentlichen Meinung in Deutschland im Einklang befand.

Präs. v. Levetzow: Aber nicht mit der Ordnung dieses Hauses. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird darauf bewilligt. Beim Kapitel „Commandeure, Commandanten u.“ beantragt die Commission, die Forderungen für einen Commandanten in Altona nicht zu bewilligen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff giebt zu, daß der Posten früher als künftig wegsallend bezeichnet worden sei, aber ein Einbruch in das Staatsrecht habe ihm fern gelegen. Dazu sei die Summe von 7500 Mark zu gering (Weiterkeit), dazu müsse es sich um größere Summe handeln. Er bitte die Forderung zu bewilligen.

Abg. Dr. Schädlcr (Centr.) erkennt an, daß eine ma'a fide bei der Einstellung der Forderung nicht vorgelegen habe, ein Versehen aber liege vor, und dieses müsse gut gemacht werden. Die Frage sei jedenfalls nicht einfach, namentlich wegen der Gerichtsbarkeit. Der Commandant von Altona habe dieselbe jetzt über diese Stadt nicht nur, sondern auch über Hamburg und Wandsbeck. Werde die Stelle gestrichen, so würde die Gerichtsbarkeit dem Divisionscommandeur in Flensburg zufallen, was zu erheblichen Schwierigkeiten führen müßte. Er beantrage daher die Forderung für Altona an die Commission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Cuneo (Natl.) schließt sich diesem Antrage an.

Die Forderung, betreffend den Commandanten für Altona, wird darauf an die Commission zurückverwiesen, die übrigen Forderungen des Kapitels werden den Anträgen der Commission gemäß bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Anträge der Conservativen und Antiquen, betreffend das Verbot der Einwanderung von Israeliten, Antrag Auer, betreffend das Coalitionsrecht, Antrag Ricker, betreffend Aenderung des Wahlgesetzes.)

Schluß 3 Uhr 30 Minuten.

### Locales.

Breslau, den 6. März 1895.

Eine Protest-Versammlung gegen die Tabaksteuer findet Sonntag, den 10. März, Vormittags 11 Uhr, im großen Saale des Erbklosters „Deutscher Kronprinze“, Kurzege 50.52, statt. Pflicht eines jeden Interessenten ist es, in der Versammlung zu erscheinen.

\* Der „Breslauer General-Anzeiger“, „Unparteiisches Organ für Sberman“, brachte anlässlich der jüngst ergangenen Entscheidung in Sachen des früheren Redacteurs der „Volkswacht“, des Genossen Hennig, gegen den Verlag der „Volkswacht“ einen Bericht, der nur geeignet erschien, den Verlag der „Volkswacht“ gegen er der Öffentlichkeit bloßzustellen. Herr Rechtsanwalt Marcuse, als Proceßbevollmächtigter des Beklagten hielt es deshalb für seine Pflicht, die Redaction des „Breslauer General-Anzeiger“ um eine Richtigstellung der Thatsachen zu ersuchen, indem er folgendes Schreiben an dieselbe richtete:

P. P.

Soeben wird mir die heutige Nummer Ihrer Zeitung vorgelegt, in der sich ein Bericht über den jüngst erledigten Proceß „Hennig contra Schütz“ befindet. Eine Wendung in diesem Bericht veranlaßt mich, den Proceßbevollmächtigten des Beklagten, Sie um Richtigstellung des dort mitgetheilten Vorganges zu ersuchen. Dort heißt es: „... die Klage wurde in der Revisioninstanz auch zurückgewiesen, daß von Seiten der klagenden Firma die Ermangelung der P. H. Legitimation zu Unrecht erhoben sei. Schütz u. Co. haben also nicht allein das Recht, Geld einzusammeln, sondern auch — was sie ursprünglich bestritten — die Pflicht, finanzielle Verpflichtungen zu erledigen.“ Schon im ersten Termine in der Berufungsinstanz habe ich erklärt, daß ich selbst, aus eigenem Antriebe, nicht auf Anweisung meines Machtgebers, den Antrag der P. H. Legitimation, der nur noch Inhalt des Satzes vorzuliegen schien, pflichtgemäß geltend gemacht hätte. Ich habe an die Loyalität eines anwaltlichen Vertreters, von dem mir gesagt worden war, daß er über die Vorgänge des Proceßs berichtet, dringend appellirt, daß er von meiner Erklärung Kenntnis nehme; doch vergeblich. Kannmehr erlaube ich mir, an Sie die Bitte zu richten, durch Abdruck dieses Schreibens das Mißverständniß, das namentlich in der vorliegenden Form eignet ist, meinen Kenntnissgeber vor der Öffentlichkeit bloßzustellen, gefälligst anzuklären. Der von Herrn Hennig erhobene Anspruch ist von dem Verlage der „Volkswacht“ von vornherein nur aus sachlichen Gründen, die zum mehr gerichtliche Billigung erhalten haben, abgelehnt worden.

Herr Rechtsanwalt Marcuse hielt es für selbstverständlich, daß der erbetene Abdruck des vorstehenden

Schreibens in der nächsten Nummer des „Breslauer General-Anzeigers“ erfolgen werde, weil, wenn die Berichtigung überhaupt einen Erfolg versprach, dieselbe unter dem unmittelbaren Eindruck des vorhergegangenen Berichts gebracht werden mußte. Die Redaction des „Breslauer General-Anzeiger“ erachtete es indes nicht für nöthig, dem Ersuchen überhaupt Folge zu geben, obwohl dies einfachste Pflicht der Loyalität gewesen wäre. Wir haben deshalb selbst durch Abdruck des obigen Schreibens eine Richtigstellung der Vorgänge bewirkt. Die „Unparteilichkeit“ des „Breslauer General-Anzeigers“ dürfte damit wieder einmal gebührend beleuchtet sein.

\* Zum Landeshauptmann von Schlesien ist gestern an Stelle des verstorbenen Landeshauptmann von Klitzing der Landrath a. D. v. Röder auf Ober-Eluth vom Provinziallandtage auf die Dauer von 10 Jahren gewählt worden; v. Röder steht im 68. Jahre und ist ein hochconservativer und hochkirchlicher Mann.

\* Gegen die Umsturzvorlage. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die seitens der Breslauer Dichterschule angeregte Versammlung, in welcher Rechtsanwalt Armer die Gefahren der Umsturzvorlage für die Literatur beleuchten wird, heute, Mittwoch, den 6., Abends 8 Uhr 30 Minuten im großen Saale des Café Restaurant, Carlstraße 37, stattfinden soll. Zutritt hat jeder Interessent. Die einschneidende Bedeutung der Frage für die Fortentwicklung der dichterischen Production läßt erhoffen, daß die öffentliche Erörterung auch hier dem registrierten Interesse begegnen wird. (f. Inf.)

\* Entbehrungslöhne der Capitalisten. Der Rechnungsabluß der Breslauer Baubank pro 1884 ist, wie constatirt wurde, „wiederrum recht befriedigend und setzt den Aufsichtsrath in den Stand, die Ausschreibungen reichlich zu bemessen und die Vertheilung einer Dividende von 7 Procent, wie im Vorjahre, der General-Versammlung vorzuschlagen.“ Eine solche Theilerei ist den Capitalisten recht angenehm.

\* Anerkannte Krankenkassen. Nach einem im „Reichs-Anzeiger“ vom 2. März (N. 4) veröffentlichten Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe ist den Breslauer Kassen: „Diana“ Kranken- und Sterbekasse für weibliche Handlungsgehilfen (S. H.), und „Eintracht“, Kranken- und Begräbniskasse (S. H.), die Bezeichnung erteilt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 genügen. Durch dieses Auerkenntniß sind die Mitglieder dieser Kassen davon befreit, der Gemeinderankenkasse oder einer sonstigen Zwangskasse beizutreten.

\* Himmelserscheinungen im März. Während Merkur in diesem Monate unsichtbar ist, wächert die Sichtbarkeit des Planeten Venus als Abendstern bis auf 2 1/2 Stunden. Dagegen nimmt die des Mars, der im Sternbilde des Stiers sich befindet und Nachts gegen 1 Uhr untergeht, wegen der zunehmenden Tageslänge ab. Jupiter, noch an der Grenze der Sternbilder Stier und Zwillinge verweilend, geht gegen Ende des Monats ebenfalls schon um die gleiche Nacht unter. Saturn, an der Grenze der Sternbilder Jungfrau und Waage, geht anfangs des Abends gegen 11 Uhr, zuletzt schon um 9 Uhr auf. — Vollmond findet am 11., Neumond am 26. statt. Der Vollmond ist mit einer totalen Mondfinsterniß verbunden, welche in Breslau am Morgen des 11. März um 3 U. 2 M. mittlere Breslauer Zeit (2 U. 54 Mitteleuropäische Zeit) beginnt, um 4 U. (3 U. 52 M. M. E. Z.) ihre Localität erreicht, die bis 5 U. 35 M. (5 U. 27 M. M. E. Z.) andauert, worauf dann die ganze Finsterniß um 6 U. 33 M. (6 U. 25 M. M. E. Z.) um die Zeit des Mondunterganges und des Sonnenaufganges endigt.

\* Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Die zweite, von der Theatercommission veranstaltete Aufführung der „Räuber“ von Schiller fand gestern vor ausverkauftem Hause statt und wurde mit großem Beifall aufgenommen.

\* Stadt-Theater. Mittwoch gelangt Schillers Trauerspiel „Kabale und Liebe“ zur Aufführung. — Donnerstag geht Richard Wagners Oper „Lohengrin“ in Scene.

\* Lobe-Theater. Die erste Aufführung des neuen Lustspiels „Aus Berlin W.“, welches gegenwärtig auf dem Repertoire des Berliner Luffing-Theaters steht, ist für Sonnabends festgesetzt. „Fernands Ehecontract“ bewährt sich hier, ebenso wie in Berlin, dauernd als Jugendlust.

\* Concordia-Theater. Heute findet das

Benefiz für den Komiker Paul Sibale statt. Morgen geht zum letzten Male „Maria und Magdalena“, Schauspiel von Paul Lindau, in Scene. In Vorbereitung „Anna Lise“.

\* Vom Circus Renz. Wie uns von Augenzeugen mitgeteilt wird, beschäftigt der Geschäftsführer des Circus Renz, Herr Reich, zur Wegschaffung des Schrecks aus dem Circusgebäude Soldaten. Wir glauben bestimmt annehmen zu können, daß hier der Geschäftsführer nicht im Sinne keines Chefs handelt und hoffen wir, daß es nur dieses Hinweises bedürfen wird, um Herrn Reich zu bestimmen, für die Folge nur Arbeiter in allen Arbeitsgelegenheiten zu verwenden. Uebrigens ist die Frage am Platze, ob der Stadtcommandant von der Beschäftigung der Soldaten am Circus Renz auch Wissen hat.

\* Straßenbenennung. Wie das Polizeipräsidium bekannt giebt, hat auf Antrag des hiesigen Magistrats die von der Kaufleuten Keiler und Fischer in der Richtung der sogenannten Stedelhäuser angelegte, in die Bohrauerstraße einmündende neue Straße die Benennung „Jobtenstraße“ erhalten.

\* Die Frequenz des städtischen Brausebades an der Ober betrug im Monat Februar 4806 Männer und 522 Frauen, im Ganzen 5328 Personen.

\* Selbstmord. Am 5. d. Mts. machte ein Reiner in einem hiesigen Hotel seinem Leben durch Erhängen ein Ende, nachdem er sich vorher die Pulsadern durchschnitten hatte.

\* Unterbringung Erkrankter. Am 3. März Abends wurde auf dem Lissinplatz, im Schnee liegend, eine 60 Jahre alte Frau erkrankt aufgefunden und mittels Droschke nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft. Ein auf der Sadomastraße erkrankter Arbeiter wurde der Anstalt an der Göpperstraße zugeführt.

\* Verhaftet wurde am 5. d. Mts. ein Tischler, der sich als Stellenvermittler ausgegeben und dadurch Geldbeträge in Höhe von 4—11 Mark erschwindelt hatte. — Ferner wurde ein Wirtschaftsassistent verhaftet, der sich unter Annahme eines falschen Titels in einem Hotel auf der Adersasse einlogirt hatte und nach einigen Tagen verschwunden war, ohne seine Schuld beglichen zu haben.

\* Einbruch. In der Nacht zum 3. d. Mts. sind auf den Lagerplätzen an der Ohlauer Chaussee fünf Comptoirbuden erbrochen worden. In zweien entwendete der Dieb Altersversicherungsmarken im Werthe von 12 Mark, eine Anzahl Kassa-Briefmarken, ein Handtuch und 60 Pf. baarees Gld.

\* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängniß wurden am 4. d. Mts. 66 Personen eingeworfen. — Gestohlen wurden: aus einem Hause der Dückstraße eine Lampe, aus der Wohnung einer Dienstmagd auf der Monhauptstraße 70 Mark, einem Arbeiter von der Matiasstraße ein brauner Ueberzieher. — Abhanden kamen: eine Lornette, eine goldene Damenuhr Nr. 25,142, eine silberne Remontoirpflünderuhr Nr. 60,180, zwei Hundertmarkstücke, ein goldenes Durring, vier Portemonnaies mit 6, 10, 13 und 115 Mark Inhalt, ein Manichsteanopfen, ein Eisenbein, ein Opernglas. — Gefunden wurden: ein Bierzettel, ein Brillant, eine kleine Goldkassette, ein Schmuckstück, ein Kaisermantel, ein Portepape, eine Wimmermütze.

### Schlesien.

\* Siegnitz, 5. März. In der Strasssache wider „Köhler und Genossen“ wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsrechts ist die von der Staatsanwaltschaft beantragte Verurteilung des hiesigen Schöffengerichts am 15. Februar cr. eingelegte Verurteilung, wie dem „Siegnitz. Anzeiger“ mitgeteilt wird, nachträglich wieder zurückgezogen worden.

\* Goyman, 5. März. Der Nachtwächter Kobelt wurde der Nacht vom 3. zum 4. d. Mts. von einem jungen Arbeiter mehrmals mit einem Messer in das Gesicht gestochen. Ein Arzt mußte die Wunden zunähen. Man behauptet den Verlust eines Auges. Kobelt hatte einen Streit mit den jungen Leuten ausgebrochen.

\* Lauban, 3. März. Der hiesige Arbeiterverein ist seiner Gründung den sogenannten gutgesinnten Kreisen Dorn im Auge. Das gewöhnliche Kampfmittel unserer Arbeiter war deshalb die Socialabtreiber. Das einzige Local, welches uns bisher noch zur Verfügung stand, ist jetzt durch einen anderen Besitzer übergegangen und uns dadurch entzogen worden. Es wurde in Folge dessen beschlossen, aus dem Arbeiterverein ein aus 7 Mitgliedern bestehendes Agitationscomitee zu bilden. Der Vorsitzende des Comitees, Genosse Baugert, ist nun wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagt worden, weil er die Statuten des Vereins, welchen das Agitationscomitee darstellt, nicht eingereicht hat; das Schöffengericht verurtheilt ihn zu 15 Mark Geldstrafe. In der Begründung des Urtheils wurde unter anderem gesagt, daß, da der An-

geklagte die Mitgliederliste des Comitees einreichte, er sich schweigend zugab, daß das Comitee als Verein zu betrachten, dessen Statuten dann selbstverständlich der Polizeibehörde vorgelegt werden mußten. — Genosse Baumert wurde in kurzer Zeit dreimal zu je 15 Mark Geldstrafe verurtheilt. Am 28. Februar fand bei ihm eine Hausdurchsuchung statt. Man glaubte, in seiner Wohnung Exemplare des „Schlesischen Landboten“, Volkstälender für 1895, der bekanntlich behördlicherseits confiscirt wurde, zu finden; die mit der Hausdurchsuchung beauftragten Beamten mußten aber unverrichteter Sache wieder abziehen. — Der Inhaber eines hiesigen Confectionsgeschäftes läßt einen großen Theil seiner Waaren im Gefängniß herstellen, in dessen die am Ort befindlichen Schneider und Schneiderinnen in großer Zahl arbeitslos sind und hungern müssen.

\* K. Strehlen, 5. März. Arbeiterfisco. Am 28. Februar verunglückten in den hiesigen Granitbrüchen der Firma Böcker u. Nikolaier zwei Arbeiter. Sie sollten ein altes Loch, das bereits früher einmal mit Dynamit geladen war, tiefer bohren. Wahrscheinlich ist in diesem Bohrloche etwas Dynamit zurückgeblieben, denn als die Arbeiter kaum angefangen hatten, das Loch tiefer zu bohren, erfolgte plötzlich eine Explosion. Die beiden Arbeiter haben schwere, wenn auch nicht lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

\* C. Strehlen, 6. März. Der Vorstand des Arbeitervereins für Strehlen und Umgegend hatte sich am 27. Febr. wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu verantworten; sämtliche Angeklagte wurden aber freigesprochen.

\* J. Koltshain, 6. März. Ueber die traurige Lage der in der Actiongesellschaft für Schlesische Leinwandindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist schon mehrfach berichtet worden. Wie man mit ihnen verfährt, wenn sie ihre Arbeitskräfte im Dienste des Capitals verbraucht haben, zeigt die Entlassung einer Weberin, die über 24 Jahre in dieser Fabrik beschäftigt war. Die Frau hat die vielen Jahre hindurch für täglichen Lohn gearbeitet, sie wurde jetzt unbarbarisch auf die Straße geworfen, weil sich in der von ihr gefertigten Waare einige kleine Fadenbrüche fanden, die bei der Verarbeitung von Garnen so geringer Qualität, wie sie hier verwendet werden, leicht vorkommen können. So sieht es aber in Wahrheit mit der Harmonie zwischen Capital und Arbeit aus! — Die Verhängung von Strafen ist hier ständig an der Tagesordnung; der Zustand, der sich hieraus entwickelt hat, ist kaum noch zu ertragen. Ueberall hagelt es Strafen! Der Arbeiter darf sich ja nicht rühren, ohne nicht bestraft zu werden; die kleinsten Vergehen müssen die Arbeiter mit 50 Pfg. bis 1 Mk. Strafe büßen. Insbesondere werden geringe Fehler in der Arbeit in dieser Weise unnachlässlich geahndet, trotzdem die zu verarbeitenden Garne, wie schon erwähnt, recht mangelhaft sind, so daß es auch dem besten Arbeiter unmöglich wird, fehlerlose Arbeit zu liefern. Danach wird jedoch nicht gefragt. — Wie es heißt, fliegen die eingezogenen Strafgelder der Krankenkasse zu und werden so wieder im Interesse der Arbeiter verwendet. Eine Rechnungslegung hierüber ist aber noch in keiner Versammlung erfolgt. Ebenso wenig ist die Lohnherabsetzung eingetreten, welche der Herr Inspector in der letzten Krankenkassen-Versammlung ver sprach. Die Weber müssen bei 1 Mark bis 1,70 Mark täglichem Verdienst weiter darben und hungern, in dem die Actionäre fette Dividenden einstreichen.

\* P. Gottesberg. Zur Kennzeichnung der Moral in den sogenannten gut gesinnten Kreisen und der bürgerlichen Zeitungen seien hier folgende Zeilen, die wir in dem „Gottesberger Stadtblatt“ fanden, etwas niedriger gehängt:

? Wittgendorf. Seit einigen Jahren werden im Winter Seitens der hiesigen Gajwithe sogenannten Frauen-Kaffees veranstaltet, und auch für vergangene Montag hatte Herr Gajwithebesitzer Heumann Einladungen zu einem solchen ergehen lassen. Eine recht sonderbare Ueberraschung wurde hierbei den versammelten Frauen dadurch bereitet, daß auch 2 Dienstmägde im Saale erschienen und ungenirt an der Tafel Platz nahmen. Dieser noch nie dagewesenen Unverschämtheit wäre am besten Rechnung getragen worden, indem man die Eindringlinge einfach an die Luft gesetzt hätte! Personal dieser Gute hat bei jeder gemüthlichen Launeweise Vergnügen, und wir gönnen ihm dies, aber einem Eindringen solcher Personen in Gesellschaften, wozu sie nicht gehören, wird künftig gebührend entgegengetreten werden. Sollte aber — wie vielfach vermuthet wird — diese Störung des Vergnügens von anderer Seite veranlaßt worden sein, dann müßte die richtige Anerkennung und Würdigung einer solchen Verhöhnung anständiger Gesellschaft den Betreffenden auch voll und ganz zu Theil werden.

Diese Zeilen werden genügen selbst denen die Augen zu öffnen, welche bisher noch in dem Wahne befangen waren, daß sie als Arbeiter und Arbeiterinnen von der „anständigen Gesellschaft“ etwas für sich zu erhoffen hätten. Die Verachtung alles dessen was arbeiter und ja im Schwelgerei seines Angesichts sein künftiges Brot verdienen muß, die in dem obigen Geschreibsel in brutaler Weise zum Ausdruck kommt, ist überhaupt der „besseren Gesellschaft“ eigen. Unter solchen Umständen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bedauern, die von dieser Seite her auf die Wahrung und Vertretung ihrer Interessen rechnen und ins Gesicht schlagen sie sich geradezu, wenn sie eine Zeitung, die wie die erwähnte, für die schwer um die Existenz Ringenden nur Verachtung, Hohn und Spott zeigt, durch ihr Abonnement unterstützen. Hinaus mit solchen Blättern aus den Arbeiterwohnungen; sie dürfen dort nicht gelesen werden! An ihrer Stelle abonniere jeder Arbeiter auf eines der Arbeiterblätter, welche allezeit unentwegt die Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten vertreten. Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt Euch der socialdemokratischen Partei an, die für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung kämpft.

\* Zabrze, 5. März. Sonnabend Abend gegen 9 Uhr ereignete sich hier ein Eisenbahnunfall. Ein Wagen eines in Kuda rangirten Güterzuges hatten sich dort von der Kuppelung gelöst und in Folge des starken Gefälles den

Weg hierher genommen. Die hiesige Station wurde telegraphisch von der Gefahr in Kenntniß gesetzt, und es gelang, die im schnellsten Tempo hier ankommenden Wagen auf ein todtes Geleis zu dirigiren. Der Schaden, der dabei angerichtet wurde, ist allerdings bedeutend, da 5 auf diesem Geleise stehende, beladene Güterwagen und die sieben herankommenden Wagen vollständig demolirt und der Brellbock umgerissen wurde. Weit hin war der Fahrdamm mit Getreide, Kohle, Holz und Theilen der zertrümmerten Wagen bedeckt. Verunglückt ist niemand.

### Neueste Nachrichten.

— Berlin, 5. März. Der Oberpräsident von Ostpreußen, Graf v. Stolberg-Wernigerode, der Steger von Syd-Oleto, der durch seine zweideutige und schwankende Haltung gegenüber den Agrariern Aufsehen erregte und sich jüngst für den Antrag Kanitz erklärte, wofür er vom Minister v. Köller geräffelt worden sein soll, hat plötzlich seine Entlassung gefordert und erhalten. Die Angelegenheit erregt ein gewisses Aufsehen, obwohl wir in gegenwärtiger Zeit an pöblichen Entlassungen hoher und höchster Beamten längst gewöhnt sein sollten. Graf Stolberg muß große Eile haben, von seinem Posten zu kommen, denn er übergibt nach der „Frei. Zig.“ schon in diesen Tagen seine Amtsgeschäfte. Uns kann's recht sein.

— Die Tabaksteuer-Commission tritt am Donnerstag, den 14. März Abends zur ersten Sitzung zusammen.

— Herr Miquel hat durch seine nationalliberalen Freunde im Reichstage den Versuch machen lassen, in der Tabaksteuercommission das Automatengesetz vorzuziehen vor der Berathung des Tabaksteuergesetzes. Herr Miquel aber ist mit diesem Versuch bei der großen Mehrheit der Commission im Voraus gescheitert. Der Zweck dieser Taktik lag auf der Hand. Durch das Automatengesetz sollte eine Brücke geschlagen werden für die Annahme der Tabaksteuer.

— Nach der Aushandlung des Antrages Kanitz will die conservativ Partei im Reichstage eine Interpellation einbringen darüber, „welche Anordnungen getroffen sind in Gemäßheit der am 4. März 1894 beschlossenen Resolution, betreffend die Aufhebung der gemischten Arioatransitlagern für Getreide und des denselben gewährten Zollcredits“.

— Regensburg, 5. März. Freiherr v. Thüngen hat nach der „Germania“ in der hieselbst stattgehabten öffentlichen Versammlung des bayerischen Bauernbundes geäußert: Sollte die Rede des Kaisers von den Utopien auf den Antrag Kanitz zu deuten sein, so bleibt allen Landwirthen und Landwirtschaftsfreunden nichts übrig, als in die schärfste Opposition gegen den Kaiser und seine Regierung zu treten und nichts zu bewilligen, was nicht absolut nothwendig ist.

— Pest, 5. März. Hier liegen Berichte vor, wonach der Papst dem ungarischen Bischof gegenüber äußerte, daß bezüglich der Kirchengesetze an den vollen Thatsachen nichts zu ändern sei. Alles komme auf die Durchführung der Gesetze an. Er hoffe, daß die ungarische Regierung von der Nothwendigkeit der Revision der Gesetze überzeugt sein werde.

— Rom, 5. März. Auf Grund des Anarchistengesetzes wurde der Milliorar Predetti aus Bergamo nach einer Strafcolonia verschickt. — Der edle Crispichont auch die reichsten Leute nicht, wenn sie sich etwa seinen verbrecherischen Plänen in den Weg stellen.

— London, 5. März. Das Endergebniß der Londoner Gräfchaftsrahlen ist Stimmengleichheit, nämlich 59 fortschrittliche und 59 gemäßigte. Trotz dieser Stimmengleichheit behalten die Fortschrittler die Mehrheit, da acht von den zehn Aldermen, die erst 1898 zurücktreten, der Fortschrittspartei angehören.

— Newyork, 5. März. Die „World“ meldet aus Colon: Die Aufständischen von Columbia rücken auf Colon vor; zahlreiche unbeschäftigte Arbeiter vom Panamakanal schließen sich ihnen an. 15 gefangen genommene Aufständische, darunter 6 Offiziere, wurden erschossen.

— Kalkutta, 5. März. Die Passagiere des Dampfers Kwa, der in Kurracha eintraf, berichten, daß der Aufstand in Mastat fortbauert. Die Rebellen, 350 an der Zahl, halten die Stadt besetzt. Die Streitkräfte des Sultans, über 2500 Mann, sind noch im Besitze des Forts. Die britischen Einwohner sind nach dem britischen Residenciansgebäude zusammengekauert und in einem großen Kugelschuppen untergebracht.

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 5. März.

**Heiraths-Ankündigungen.** I. Schlosser Hermann Boel, ev., Palmstr. 31, und Emma Zedler, ev., Albrechtsstraße 30. — Banquier Paul Kornek, kath., Messergasse 11, und Pauline Veier, ev., Schmiedebrücke 38. — Reisender Samuel Rumberg, jüd., Nicolaistr. 34, und Rosalie Bloch, jüd., Büttnerstr. 7. — Kaufmann Carl Blauke, ev., Taschenstraße 1, und Ida Kisser, ev., Strehlen. — Bäcker Reinhold Schießler, kath., Weißgerbergasse 43, und Pauline Gaim, ev., Neue Laurentienstraße 66. — II. Kutscher August Kuchler, kath., Schön-Gluth, und Luise Bierel, ev., Gräblichenerstraße 28. — Kutscher Franz Spata, kath., Luisenstr. 5, und Emma Widnag, ev., Holteistraße 27. — Revierjäger Julius Pfeifel, kath., Reppine, und Selma Wjontek, ev., Gartenstraße 30b. — Uhrmacher August Reichel, kath., Neue Laurentienstr. 79, und Marie Bähnisch, kath., Gräblichenerstraße 111. — Kaufmann Emil Seifert, ev., Gr.-Kunzendorf, und Angelina Gottwald, kath., Lohestraße 14. — Schneider Josef Scholz, kath., Einhornstraße 4, und Clara Lüder, ev., luth., Neue Laurentienstr. 55. — Drochsenbesitzer Hermann Gantke, kath., Michaelisstraße 1, und Emilie Brinckel, kath., Bräderstr. 2a. — Geiangelhrer und Concertsänger Emil Hellriegel, ev., Leichstr. 3, und Margarethe Müller, ev., Leipzigerstraße 28. — Kaufmann Max Drenth, jüd., Pögnitz, und Laura Bruck, jüd., Höfchenstraße 55. — Kaufmann Salo Kosterlich, jüd., Chlanestr. 24, und Lina Steinberg, jüd., Klosterstr. 15. — III. Maurer Paul Alois, kath., Scheitnigerstraße 45, und Martha Hoffmann, kath., Maxstr. 1. — Arbeiter Hugo Sommer, ev., Hirschstr. 28, und Marie Kirckke, ev., Laurentienstr. 5.

**Geschließungen.** I. Kaufmann Max Koch, jüd., mit Rosa Dovenheimer, jüd., hier. — Arbeiter Paul Formig, kath., mit Anna Bürger, ev., hier. — Zimmermann Josef Wolf, kath., mit Anna Gebel, ev., hier. — II. Gasthofbesitzer Otto Wirth, kath., mit Emma Rade, ev., hier. — Schuhmann Wilhelm Jarosch, ev., mit Anna Meyer, ev., hier. — Bahnarbeiter Friedrich Brunert, ev., mit Wwe. Dorothea Herz, geb. Grimm, ev., hier. — III. Amtsvorsteher und Lehngutsbesitzer Gustav Kely, ev., Michelsdorf, mit Emma Hoffmann, kath., Michelsdorf.

**Geburten.** I. Schneider Josef Gloga, kath., 2. — Topfwaarenhändler Friedrich Franke, ev., 5. — Haushälter Augustin Kratel, kath., 5. — Alendner Michael Quart, kath., 5. — Arbeiter Carl Weinert, kath., 5. — Eisenbahnkassner Julius Jid, ev., 5. — Schneidermeister Bernhard Neumann, jüd., 5. — Schneidermeister August Grepner, kath., 5. — II. Kutscher Wilhelm August, ev., 24. — Kesselschmied Max Wolf, kath., 2. — Telegraphen-Vorarb. Reinhold Jurimsko, kath., 2. — Kaufmann Ignaz Wörz, kath., 2. — Kreislicher-Schlichter Bernhard August Bruchmann, ev., 2. — Bremwärter Robert Blümel, kath., 2. — Arbeiter Carl Brandwein, ev., 2. — Maurer Robert Mebig, kath., 2. —

Post-Assistent Wilhelm Woitas, evang., 2. — Arbeiter Carl Delefsky, ev.-luth., 5. — Schneider Wilhelm Pohl, ev., 5. — Arbeiter Gustav Biste, ev., 2. — Maler Wilhelm Goldmann, kath., 2. — Haushälter Reinhold Werner, ev., 2. — III. Kutscher Johannes Reiner, kath., 5. — Zimmermann Paul Höhl, evang., 5. — Arbeiter Carl Stein, ev., 2. — Fischwaarenhändler Carl Makke, ev., 2. — Kutscher Josef Ernst, kath., 2. — Tischler Gustav Langner, kath., 2. — Schlosser Hermann Hettwer, kath., 2. — Arbeiter Carl Dräsner, ev., 2. — Kaufmann Hans von Döfen, ev., 5. — Köpfer Gottlieb Graber, evang., 2. — Schneider Daniel Tirol, ev., 5. — Tischler Ernst Vinder, ev., 2. — Kaufmann Paul Kliche, ev., 2. — Schriftfeger Albert Kohn, ev., 5. — Köpfer Rudolf Rieger, kath., 5. — Tischler Gottlieb Schwarz, ev., 2. — Buchhalter Wilhelm Malig, ev., 5. — Maschinenmeister Josef Großer, kath., 2. — Tischler Johann Gogner, kath., 5. — Chirurg. Instrumentenmacher Max Bocksch, kath., Sohn.

**Todesfälle.** I. Peni. Weichensteller Carl Kluniof, 69 J. 6 M. — Arbeiter Josef Raube, 64 J. — Arbeiterwitwe Hedwig Böhm, geb. Witzel, 56 J. — Arbeiterfrau Louise Schmidt, geb. Grulich, 51 J. — Bote Julius Tschike, 60 J. — Arbeiterfrau Beate Makke, geb. Bergander, 42 J. — 6 Mon. — Arbeiter Gustav Pabel, 39 J. — Paul, S. des Instrumentenbauers Paul Scher, 6 M. — Arthur, S. des Locomotivheizers Albert Drugala, 4 J. 7 M. — Korbmacherwitwe Beate Langer, geb. Seidel, 78 J. — Kaufmannsrau Lina Jall, geb. Binor, 50 J. — Schmiedegesellen-Witwe Bertha Danke, geb. Hiller, 68 J. — Pensionierter Schuhmann Emil Nehring, 41 J. — Bergarbeiterfrau Louise Salenstn, geb. Jost, 61 J. — Kätlerin Auguste Sambach, 63 J. — Maschinenwärterfrau Pauline Wämich, geb. Jurisch, 51 J. — II. Hotelbesitzerwitwe Pauline Vange, geb. Richter, 70 J. — Georg, S. des Schneiders Hermann Martin, 6 M. — Postkassner a. D. Wilhelm Hildebrandt, 62 J. — Hausbesitzerfrau Marie Swizer, geb. Wende, 55 J. — Elfriede, T. des Arbeiters Otto Rothfugel, 3 J. — Stabsarzt a. D. Dr med. Oswald Brandt, 38 J. — Pauline, T. des Schlossers Traugott Gerich, 7 Mon. — Willibald, S. des Secretärs Louis Schindfeld, 7 J. — Schmied Ernst Goebel, 56 J. — Erich, S. des Tapezierers Paul Fabian, 5 M. — Kaufmann Gerlach Meies, 56 J. — Margarethe, T. des Telegraphen-Assistenten Paul Schwarz, 6 J. — Otto, S. der Zimmermanns Gottlob Scholz, 2 J. — Selma, T. des Arbeiters Carl Muzner, 2 Mon. — Fritz, S. des Kleidermeisters Carl Zimmerling, 7 M. — Frieda, T. des Glasermeisters Paul Pabel, 7 M. — III. Arbeiterwitwe Theresia Reichel, geb. Frisch, 63 J. — Maurersfrau Anna Berrich, geb. Pohl, 65 J. — Sattlerwitwe Marie Schulse, geb. Schämmer, 50 J. — Schneidergeselle Heinrich Rild, 24 J. — Kaufmann Samuel Mansfeld aus Kottbus, 54 J. — Königlich Höfster Gottlieb Tise, aus Redlitz, Kreis Döbeln, 61 J. — Gerichts-Referendar Dr. jur. Leopold Lichtein aus Königsberg, 23 J. — Arbeiterfrau Anna Neumann, geb. Kämre, 56 J. — Curt, S. des Arbeiters Julius Schamis, 9 Mon. — Dienemann Anton

Bittner, 60 J. — Alfred, S. des Stellmachers Georg Reiner, 4 Mon. — Walter, S. des Tischlers Max Brühl, 1 J. — Schifferswitwe Rosina Sturm, geb. Joellner, 79 J. — Brauer S. des Kutschers Josef Wiedlich, 1 J. — Früherer Wirthschafterin Henriette Wandel, 62 J. — Arthur, S. des Steinsehers Hugo Young, 9 M. — Arbeiter Alfred Giese, 41

### Briefkasten.

Für den Parteifond gingen ein: R. K. 3 Mk. u. 1 Mark. Für ein rückständiges Maifestzeichen 20 Pf. Durch Genossen Gerhardt 40 Pf. erhalten. Die Frauen-Agitations-Commission.

### Literarisches.

**Socialpolitisches Centralblatt**, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymanns Verlag in Berlin) vierteljährlich M. 2,50). Nr. 23 ist soeben erschienen: Die schweizerische Socialpolitik im Jahre 1894. Rechtsanwalt Otto Lang. — Sociale Wirthschaftspolitik und Wirthschaftsstatistik: Zur deutschen Verarmung und Gewerbebeziehung. Maschinelle Production und Kleinbetrieb in der badischen Bijouteriefabrikation. Englische Communen als Unternehmer. Beschäftigung der Arbeitslosen in Neuseeland. Druckfehlerberichtigung. Arbeiterbewegung: Die Arbeitseinstellungen in Italien während der Jahre 1892 und 1893. Von Prof. Dr. Werner Sombart. Antilide Statistit der Arbeiterorganisationen in Baden. Englische Streiks. Der Tramway-Streit in Brooklyn. — Sociale Zustände: Gründe der Abwanderung vom Lande. Erhebungen über die Lage der Bureauangehörigen. Russische Arbeiter in badischen Biegeleien. Unbeschäftigte Arbeiter in England. Arbeiterstatistik aus New-York. Unternehmerverbände: Streikverband rheinischer Tuchfabrikanten. — Arbeiterschutzgesetzgebung und Gewerbeinspectoren: Einacte über die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen in Deutschland. Weibliche Fabrik-Inspectoren in Deutschland. Beschränkung der Arbeitszeit in Belgien. Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Neuseeland. — Gewerbeinspectoren: Einigungsämter und Arbeiterausweise: Arbeiterausweise in Baden. Verfahren bei Lohnstreitigkeiten in Basel-Land. Arbeiterversicherung: Zur Praxis des österreichischen Krankenversicherungsgesetzes. — Sociale Hygiene: Zur Kranheitsgefahr der Eisenbahnbediensteten. — Rechtsfragen: Rechtsstellung der unehelichen Kinder in Frankreich. Wohnungszustände und Wohnungs-Gesetzgebung: Bau von Arbeiterwohnungen durch Qualitäts- und Altersberichtigungsanstalten. Zur Ausführung des bessischen Wohnungsgesetzes. — Schulwesen, Erziehungs- und Bildungsfragen: Vereinigung für körperliche und werththätige Erziehung.

# Oeffentliche Protest-Versammlung.

**Samstag, den 10. März, Vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Deutschen Kronprinzen“, Kurzegeasse.**  
Tagesordnung: 1. Die Tabakfabrikation und ihre Folgen. Referent: Redacteur **Julius Brahes**. 2. Discussion. 3. Beschlusfassung über eine Protest-Resolution an den Reichstag. — Zu dieser wichtigen Versammlung sind alle Einwohner Breslavs dringend eingeladen.  
Entree 10 Pfennig. — Frauen sind eingeladen.

**Stadt-Theater.**  
Mittwoch:  
„Kabale und Liebe.“  
Donnerstag:  
„Faust.“

**Lobe-Theater.**  
Mittwoch:  
„Die stille Wache.“  
„Bernard's Ehecontract.“  
Donnerstag:  
Dieselbe Vorstellung.  
In Vorbereitung:  
Aus Berlin W.

**Victoria-Theater**  
(Garten-Theater.)  
Täglich:  
Specialitäten - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

**Sociald. Verein für Breslau und Umgegend.**  
Donnerstag, den 7. d. Mts., im Vereinslocal:  
**Vorstandssitzung.**  
Programme zum Stiftungsfest werden angezeigt.  
Mittwoch, den 6. März 1895, Abends 8 1/2 Uhr  
im großen Saale des Café restaurant, Karlsstraße 37:  
**Vortrag**  
des Herrn **Rechtsanwalt Armer:**  
„Die Gefahren der Umsturzvorlage für die Literatur.“  
Bechlussfassung über eine bezügliche Resolution.  
Eingeladen sind die Mitglieder der Breslauer Dichterschule, sowie jeder Schriftsteller und Interessent.

**Stabliement „Deutscher Kronprinz“.**  
Kurzegeasse 50/52.  
Sonnabend, den 9. März 1895:  
**Familien-Kränzchen**  
veranstaltet vom  
**Deutschen Metallarbeiterverband, Sektion der  
Zugschmiede und Waagenbauer.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Entree: Herr mit Dame 60 Pfg., einzelne Dame 25 Pfg.  
Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**  
Karten sind zu haben:  
Menzel, früher Galle, Anderssohnstraße 4, Mödler, Friedrich-Wilhelmstraße 60b, Hanks, Märtschestr. 20 und in der Expedition der Volkszeitung.

**Gabr. Boesler's Brauerei.**  
Original-  
**Cyroler Concertsänger-**  
Gesellschaft  
aus Janschrad.  
Dir.: Hans Spiess  
und Auftreten des  
Hof- und Circus-Clubs  
**Francois Wells.**  
Besetzungsaal 15 Pfg.  
Sonntag: 20  
Anfang 10 Pfg.  
Jedes Sonntag: 32 Pfg.  
Schloßplatz-Frei-Concert.

**Handarbeit Herrenstiefel 7,50**  
**Damenstiefel 6,50**  
**Bruno Rosenthal, Schmiedebrücke 57.**

**Confirmanden-Kleider und -Anzüge**  
3582 von einfacher bis zu den allerfeinsten  
in großer Auswahl, bei weitem billiger als Federal.  
**Gustav Hauschner,**  
Herr Nr. 5 Neue Gruppenstraße Nr. 5.  
in Verbindung mit der großen Volkswacht-Druckerei.

**Der Wahre Jacob**  
Nr. 224,  
Kath. sociald. Wochblatt.  
Preis 10 Pfennig.  
Zu beziehen durch alle Colporteurs.

**Zur Confirmation**  
schwarze  
Cachemirs- u. Fantasiestoffe  
M. 0,60, 0,75, 0,90, 1,00  
bis 1,50, sowie fertige  
**Kleider**  
in eleganter Ausführung  
7, 8, 10, 12-15 Mk.  
Hilfs-Gewerkschafts-Gesellschaft  
**Max Wagner.**  
Karlshofstr. 7, 1. Etage.

**Atelier für künstl. Zahn**  
Plomben, Zahnextract. etc.  
**Reinhold Quie**  
Schuhbrücke Nr. 14, I. Etg.  
Specialität:  
**Schiffe ohne Saunenplan**  
Billigste Preisberechnung.

Donnerstag, den 7. März:  
Bereinigung der Wochblatt-Redaction, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen von 7 1/2-9 1/2 Uhr: Versammlung im Vereinslocal bei Edlich, Zahl der Teilnehmer: — Aufnahme neuer Mitglieder: — Kollegen, welche nicht der Bereinigung angehören, sind als Gäste willkommen. Gesangverhören in Breslau: Gutmacher Abends 8 1/2-10 Uhr: Uebungsstunde im Vereinslocal „zum rothen Löwen“, Kupferstraße 21.